

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Größerschrift: Tagesblatt Rieser.
Zeruz Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weisken, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonton: Dresden 1538
Zirkelasse Riesa Nr. 52.

Nr. 91.

Donnerstag, 19. April 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends $\frac{1}{8}$ Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für April 4 900.— Markt einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Preis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 350.— Markt; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachvergabe- und Vermittlungsgebühr 50.— Markt. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verschütt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verbreitungsanstalten hat der Besteller keinen Anspruch auf Weiterführung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: RANGER & WINTERLICH, Riesa. — Gedruckt bei der Druckerei RANGER & WINTERLICH. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Kohlenversorgung.

Die gegenwärtigen bis mit April 1923 lautenden Kohlenbesorgungsstellen verfallen mit dem 1. Mai d. Js. und dürfen dann nicht weiter befristet werden. Es wird deshalb den Haushaltungen und Kleingewerblichen Betrieben die sofortige Abnahme der noch rück-

stehenden Mengen empfohlen. Nach einer Mitteilung des Landeskohlenamtes ist mit weiteren Preisermäßigungen in nächster Zeit nicht zu rechnen. Es empfiehlt sich, die jetzt günstige Kohlenlage auszunutzen, die in den nächsten Wochen eine ganz andere sein kann. Die neuen Kohlenarten kommen Anfang Mai d. Js. durch die Gemeindebehörden zur Verfügung. Großenhain, 17. 4. 23. Die Bezirkskohlenstelle bei der Amtshauptmannschaft. 68 a IX.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 19. April 1923.

— Bericht der städtischen Polizei. In letzter Zeit ist von der hiesigen städtischen Polizei ein Diebstahl festgenommen und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt worden, der in einem hiesigen Fremdenhof verhaftet hat. Diebstahl auszuführen. Der Täter wurde auch von mehreren auswärtigen Behörden festgenommen. (Hiermit ist der in gestriger Nr. d. Bl. vom Kriminalpolizei erwähnte Diebstahl nicht gemeint.) — Ebenso ist am 18. d. M. hier ein Bettler festgenommen und dem Amtsgerichte zugeführt worden, der seinem letzten Dienstherren verschiedene Kleingewerte und einen Lederhut im Gesamtwert von 1000 M. gestohlen hatte. Die Gegenstände wurden dem Täter wieder abgenommen und dem Bestohlenen zurückgegeben. — Auf dem hiesigen Schiffbauplatz ist vor einigen Tagen zum Nachteil der Firma G. M. Förster mittels Einsteigens durch ein Dachfenster eine Menge Metalle im Gesamtwert von 44000 M. gestohlen worden. Als Täter wurden mehrere hiesige Schulknaben ermittelt. Das gestohlene Gut konnte ebenfalls dem Bestohlenen wieder zurückgegeben werden. — Ferner wurden mehrere Schulknaben und erwachsene Personen ermittelt, die am hiesigen Eisfabrik- und Getreidegeschäft tätig ausgeführt haben. Auch sind einige Diebstahle von Kleingewerten und Messingarbeiten aus Gärten aufgedeckt worden, die ebenfalls von mehreren Schulknaben ausgeführt worden sind. Die gestohlenen Gegenstände sind den Bestohlenen wieder ausgehändigt worden. — Weiter ist vor einigen Tagen nachts eine Mannesperson angehalten und zur Polizeiwache gebracht worden, die einen Zentner an voll gereinigtem Weizen hatte, das ebenfalls von einem Diebstahl herrührt. — Von einer Gröbaer Einwohnerin wurde vor einigen Tagen in einem hiesigen Grünwarengeschäft eine Brieftasche mit Inhalt im Gesamtwert von 26000 M. liegen gelassen, die dann später dort gestohlen worden ist. Als Täter wurde ein hiesiger Arbeitsburde ermittelt. Die Brieftasche und der Gebirgsrock konnten auch in diesem Falle der Bestohlenen wieder ausgehändigt werden. — Ferner wurden während der letzten Tage mehrere jugendliche Arbeitsburden aufgegriffen, die in Chemnitz und in Dresden ihre elterliche Wohnung böswillig verlassen hatten. Die Arbeitsburden wurden den Eltern wieder zugeführt.

— Zuckererzeugung. Der von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin für den Monat April freigegebene Mundzucker wird mit je 1 Pfund auf drei Abmessen B und M der Zuckerarte ausgegeben. Der Fabrikgrundpreis für den Mundzucker ist der gleiche wie für den Warenauder. Es werden sich deshalb auch die Kleinverkauflpreise auf der bisherigen Höhe halten.

— Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungen. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Der Reichsrat hat gegen eine Vorlage der Reichsregierung zugestimmt, durch die die Höhe der Erwerbslosenunterstützungen erheblich, in den hauptsächlichsten Beträgen bis zu 60 Prozent, erhöht werden. Die Erhöhung tritt mit Wirkung vom 16. d. Mts. in Kraft. Die genannten Erhöhungen werden möglichst bald bekannt gegeben werden, so daß vielfach schon Ende der Woche nach den neuen Sätzen wird ausgezahlt werden können.

— Zur Einrichtung von Preisprüfungsstellen. Der geschäftsführende Vorsitzende der Sächsischen Einzelhandelsvereinigung, Syndikus Professor Dr. Kallner, hat einen Brief an den sächsischen Wirtschaftsminister gerichtet, in dem er um eine Unterordnung über die vom Wirtschaftsministerium erlassene neue Verordnung über die Einrichtung von Preisprüfungsstellen bittet. In dem Briefe heißt es u. a.: „Obne auf die Frage der rechtlichen Zulässigkeit der erlassenen Verordnung einzugehen muß gesagt werden, daß aus rein sachlichen Erwägungen heraus die getroffenen Anordnungen gerade in den Kreisen des kleinen und mittleren Einzelhandels schwerste begründete Bedenken auslösen könnten. Die Richtlinien, die zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei als Grundlage für die Regierungsabstimmung vereinbart worden sind und die auch die Grundlage der vorliegenden Verordnung bilden, müssen die Befürchtung auslösen, daß die Kontrollauschüsse, abgesehen von ihrer politischen Bestimmung als „proletarisches Kampforگان“, eine Bekämpfung des wirklichen Wuchers nicht herbeiführen würden, vielmehr nur, und zwar ausschließlich dem Einzelhandel gegenüber, unsachlichen, die breite Öffentlichkeit ungerichtet und ungenügend beeinflussenden „Revolitionen“ vor und Tür öffnen würden.“

— Zur Zentralisierung der Wahlen. Am 16. April fand in Weisken eine sehr stark besuchte, aus allen Teilen Sachsens besetzte Versammlung von Wählern und Kirchenvorständen statt, die in ihrer Eigenschaft als Wahlnachrichter und Wahlverwalter gegen die vom Konstitium geplante Zentralisierung der Wahlen protestierten. Es wurde einstimmig beschlossen, bei der Synode gegen die ganze Beschlusssache des nächsten Einberufung zu erheben. Der Synode wurde das Recht zu diesem Zielenden Eingriff abgesprochen, die Wahlen seien freiwillige Stimmungen, deren Nutzungsrecht niemals auf die Landesräte übertragen werden könnten. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß die beabsichtigte Zentralisierung für die nolebenden Wähler keine Hilfe bedeuten würde; sie nach Abbau der sehr hohen Verwaltungsstellen ver-

bleibenden Mittel würden zu einer ausreichenden Beförderung der Wähler viel zu niedrig sein. Da aber die Zentralisierung zugleich zu einer Erhöhung der Selbsthilfe führen würde, sei von ihr keine wirkliche Hilfe zu hoffen. Nachdrücklich wird eine der Selbstwertung angepasste Erhöhung der Kirchensteuer zur Hebung der Not gefordert. Die Wahlnachrichter erklärten sich einmütig bereit, von sich aus eine Hilfsaktion zur Linderung der drückenden Not in die Wege zu setzen. — Die in Weisken verarmten Wahlverwalter schlossen sich zu einer Schulgenossenschaft zusammen und beauftragten einen Sachverständigen Aktionsausschuß mit der Durchführung ihrer Bestrebungen. Sie erzuhen alle, die sich diesem Protokoll anschließen wollen, ihre Zustimmung umgehend an Wähler Weisken, Niederebersbach bei Großenhain, gelangen zu lassen.

— Staat und Kirche. Der Haushaltsausschuß A des sächsischen Landtages behandelte am Mittwoch u. a. die Frage der staatlichen Leistungen an die evangelische Landeskirche. Hierzu lagen mehrere Petitionen des Landeskonvikts, des Pfarrerevereins und der Kirchenbeamten vor. Zur Verhandlung kam gleichzeitig das von der juristischen Fakultät der Universität Leipzig auf Ersuchen des Landtages erstattete Gutachten über die für die sächsische Regierung wichtige Frage betreffend Staatsleistungen an die Kirche. Die Berichterstatterin Abg. Fräulein Hertwig (D. Sp.) gab einen Ueberblick über den Inhalt des sehr umfangreichen und gründlichen Gutachtens, das zu dem Schluß kommt, daß die in der Reichsverfassung festgelegte Verpflichtung des Staates zur Gewährung der bisherigen Leistungen an die Kirche den veränderten Verhältnissen anzupassen, d. h. daß die Höhe entsprechend zu erhöhen sind. Befürchtungen des sächsischen Konvikts auf den von den bürgerlichen Parteien bestrittenen Standpunkt, daß die bisherige Leistung in der Reichsverfassung zu begründen sei, daß nur diejenigen Beträge, die bei Inkrafttreten der Reichsverfassung staatsseitig an die Kirche geleistet wurden, auch jetzt noch ohne Rücksicht auf die Geldentwertung einzuführen seien, und zwar nur in Form verzinslicher Darlehen. Das genannte Gutachten stellt fest, daß in Sachen heute noch zwischen Staat und Kirche eine Interessengemeinschaft besteht, die den Staat zur Erfüllung von Leistungspflichten unter Berücksichtigung des verschobenen Geldwertes zwingt. Auch über die für die Einziehung von Kirchensteuern in Sachsen geschaffene neue Gesetgebung äußert sich das Gutachten. Es kann hierin keinen Grund finden, den Staat von seiner Pflicht der Kirche gegenüber zu entbinden. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Einkommen der sächsischen Kirchenvereine das Steuerrecht der Kirche ganz wesentlich beschwären haben. Um so mehr wachse der Posten an, den der Staat von sich aus zu befriedigen habe. Die Regierung wiederholte ihren seiner Zeit im Landtag durch den Kultusminister gehaltenen ablehnenden Standpunkt, der von der bürgerlichen Seite bekämpft wird. Die Wenigsteuer der Kirchen ist in Sachsen von Alters her gesetzlich begründet und das juristische Gutachten befürwortet in diesem Punkte jeden Zweifel über die Staatspflichten. Die Regierung erklärte, in diesem Falle die gleiche Auffassung zu haben, wie das Gutachten und demnach einen Gegenentwurf vorlegen zu wollen. Die Berichterstatterin stellte folgende drei Anträge: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. Die in Kap. 48 Tit. 6 des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1921 eingehalte Summe entsprechend dem gegenwärtigen Beschlusse der evangelisch-lutherischen Landeskirche zu erhöhen und als feste Staatsleistung einzustellen; 2. die nach dem Reichstagsbeschlusse vom 14. Dezember 1922 vom Reich bereitgestellten Vorhölle unverzüglich anzufordern; 3. die Verhältnisse der Kirchen und deren Unterbreitungen gemäß der im Gutachten der juristischen Fakultät Leipzig vertretene Rechtsauffassung ungehindert gesetzlich zu regeln und die entsprechenden Mittel als feste Staatsleistungen in den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1923 einzustellen. — Die Wählung wurde ausgelesen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

— Milderung der Einreisebestimmungen. Infolge der Ermichte von Reichsverbänden und Behörden auf die nachteiligen Wirkungen einer allzu strengen Durchführung der Einreisebestimmungen für weite Kreise des deutschen Wirtschaftslebens hat das Auswärtige Amt, im Benehmen mit dem Reichsministerium des Innern die bestehenden Vorschriften einer Nachprüfung unterzogen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkte, daß einwandfreie Ausländer, an deren Einreise ein deutsches politisches, wirtschaftliches oder kulturelles Interesse besteht, nach wie vor in Deutschland willkommen sind und bei der Ertragung des Sichtvermerks keine unnötigen Schwierigkeiten und Scherereien ausgelast werden dürfen. Im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern sind deshalb die bestehenden Einreisebestimmungen nach Möglichkeit gemildert und die deutschen Vertretungen im Ausland mit entsprechenden Weisungen versehen worden.

— Aus den Landtagsausschüssen. Der Rechtsausschuß beriet den demokratischen Antrag auf Abschaffung der Landesherlichen Fischereigerechtigkeiten in der Oberlausitz. Auf Antrag Banger wurde die Beratung bis zur gesetzlichen Krüge lung der Frage der Unterhaltungsgeossenschaften ausgesetzt. Der demokratische Antrag betreffend Abänderung des Jagdrechts wurde teilweise durchberaten, eine Be-

schlußfassung erfolgte im Hinblick auf eine von der Regierung zu erhaltende Vorlage nicht. — Im Zusammenhang wurde die Eingabe der Stadt Ebnethen (Sachl. Schwedra) wegen Verlegung der Wählerkarte eingeleitet mit Regierungskommissionen verhandelt, nachdem in voriger Woche eine Besichtigung des Wählerlandes und der Lage überhaupt durch den Ausschuss erfolgt war. Ein Neubau würde mehrere 100 Millionen Markt erfordern, die zu bewilligen die Regierung, abgesehen von der Finanznot, umsoweniger im Stande zu sein erklärte, als es sich um eine Kommunalstraße handelt. Die Entscheidung über das weitere Schicksal der Eingabe wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Weitere Eingaben wegen der Kohlensteuer zugunsten der Straßenbahnen, wegen einer Verkehrsantenne zwischen Schwarzenberg und Reichen und wegen der Tarifpolitik der Eisenbahn wurden nach eingehenden Verhandlungen der Regierung zur Kenntnisnahme und teils als Material überwiesen.

— Veränderung in der Leitung der Staatspolizeiverwaltung. Durch den neuen Minister des Innern Liebmann ist der Präsident der Staatspolizeiverwaltung Dr. Kolb seines Amtes entbunden worden. Zu seinem Nachfolger ist der Dresdner Polizeipräsident, der frühere Oberstaatsanwalt Thomas, ausgerufen. Als dessen Nachfolger wird ein Anhänger der sozialdemokratischen Partei genannt.

— Arbeitsmarktbericht vom 9.—14. April 1923. Die Arbeitsmarktlage in Sachsen zeigte in der Berichtwoche in fast allen Berufsgruppen eine weitere Verschlechterung. Die Erwerbslosen Zahl ist nach wie vor im Steigen begriffen, die Zahl der Kurzarbeiter hat sich weiterhin bedeutend erhöht. Offene Stellen werden nur in geringem Maße gemeldet. Die Vermittlungstätigkeit war außerordentlich schwach. In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach männlichen Arbeitern nachgelassen. Bäuerne waren verlangt. Im Bergbau konnten nur wenige Beschäftigte neu besetzt werden. Die Belegschaft haben noch nicht sämtlich ihre Tätigkeit aufgenommen. Eisen- und Porzellanarbeiten arbeiten verflärt. In der Glasindustrie erloschen Entlassungen. Die Lage des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe ist unbeeinträchtigt. Die Holzindustrie und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zeigte keine Belebung. Die Arbeitsmarktlage im Bauwesen hat sich trotz günstiger Witterung weiter verschlechtert.

— Kantate-Versammlung der deutschen Buchhändler. Der Vorverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig, zu dessen Mitgliedern auch zahlreiche Buchhändler in Desterreich, der Schweiz und anderen Ländern gehören, hält am Sonntag Kantate, den 20. April, seine diesjährige Hauptversammlung ab.

— Kommuniktischer Unfug. Die sozialdemokratische Dresdner „Volkzeitung“ wendet sich in einem Artikel mit der Ueberschrift „Kommuniktischer Unfug“ gegen das Zutreten der Kommunisten in Gewerkschaften und schreibt: „Diese lächerlichen und finsternen militärischen Spitzeltruppen der Kommunisten bilden eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das Zusammenarbeiten der beiden proletarischen Parteien. Die Kommunisten sollten sich klar darüber sein, daß sie durch einen derartigen Unfug nur der bürgerlichen Reaktion dienen.“

— Die deutschen Opfer des Krieges. Entsprechend einem Beschlusse des Reichstages hat das Reichsministerium über eine Denkschrift über das Verpflegungswesen herzugeben, die nach dem Stande vom 1. April 1923 aufgestellt worden ist. Danach betrug auf Grund der Nachforschungen des Zentralnachweisamtes für Kriegsverluste und Kriegesräder die Zahl der im Kriege getöteten Deutschen 1 846 293. Davon sind 1 572 523 Mannschaften, 212 008 Unteroffiziere einschließlich Defoffiziere, 56 133 Offiziere und Beamte und 5 568 Tote ohne Angabe des Dienstgrades. Die Zahl der Verwundungen (nicht der Verwundenen) beträgt 4 247 864, und zwar bei den Mannschaften 3 869 244, bei Unteroffizieren einschl. Defoffizieren 483 389, bei Offizieren und Beamten 93 988. Bei 1283 Verwundungen war der Dienstgrad nicht angegeben. Die Gesamtzahl der Kriegesbeschädigten beträgt nach den neuesten Berechnungen 1 587 000, die Gesamtzahl der Kriegshinterbliebenen 1 945 000, und zwar 583 000 Witwen, 88 000 Wollwaisen, 1 134 000 Halbweisen, 58 000 Eiterparte, 162 000 Eitererteile.

— Wermatsdorf. Friedhofsdiebstahl ist auch hier in den letzten Wochen verübt worden. Es sind etwa neun Hinbecken bzw. Hinbecken, die den Winter hindurch zum Schutz der Grabsteine dienten, von unbekannten Händen von den Gräbern gestohlen und wahrscheinlich, zusammengepackt, als Altmetall verkauft worden.

— Dresden. Am Mittwoch begann vor dem hiesigen Landgericht der Prozeß gegen den Fickler bei den Verftätten der Staatsoper Bule, die Betriebsleiter Marjauer und Strobel sowie den technischen Direktor Dajak, die angeklagt sind der fabriktätigen Tötung zweier Menschen und der Körperverletzung mehrerer anderer Personen. Das Unglück ereignete sich am 29. Oktober v. J. gelegentlich einer Besichtigung des Opernhauses.

— Okei. Die Zahlungschwierigkeiten bei der Bezugs- und Ablassgenossenschaft Woda, von denen wir seinerzeit berichteten, sind durch einen Vergleich beboden worden. Die ungedeckten Schulden stellten sich anfangs auf eine Milliarde, woran der Hauptgläubiger, eine Getreidefirma in Charlotten-bura, allein 650 Millionen für sich kennzeichnete. Die Le-

LIKÖR JACOBINER

Vertreter: Ehrhardt Klamm, Riesa, Telefon 787.

Gläubiger ist um 200 Millionen mit seiner Forderung zurückgegangen. Nach Ablauf dessen hat man unter der Bedingung, daß die Schuld von der Genossenschaft in fester Form gedeckt wird, folgenden Vergleich geschlossen: Auf die etwa 800 Millionen betragende Schuld werden 50 Prozent, also nahezu 400 Millionen abgesetzt, für die Vorstand und Aufsichtsrat eintreten müssen. Dazu hat der Hauptgläubiger die noch kurz vor der Zahlungsunfähigkeit von hier nach einem Gläubigerhaus in Dresden genommenen Waren im Werte von etwa 60 Millionen zurückgegeben. Die Zahl der Gläubiger beträgt etwa 60 Millionen und die Lagerhäuser und Vorräte sind mit etwa 80 Millionen bewertet, sodaß die Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder selbst immer noch etwa 200 Millionen aufzubringen haben werden. Der Geschäftsführer Tomanitz befindet sich noch immer in Untersuchungshaft, die seinerzeit von einem Vorstandsmittglied beantragt worden war und war wohl hauptsächlich wegen des Verschwindens von eingelagerten Getreide für Kommunalverband und Mühle.

Böbau. In der letzten Stadtminderberatung wurde der Gaspreis, der im März 700 Mark betrug, für April auf 600 Mark pro Kubikmeter herabgesetzt. Auch der Rat von Riesa hat eine Ermäßigung des Gaspreises um etwa 8 v. D. der im März berechneten Sätze eintreten.

Ober an. Eine mißgünstige Nacht unternahm zwei hiesige Wandlungsbesitzer. Nachdem der eine vorher mittels Sacks, dessen Unterschicht er geküßelt hatte, drei Millionen Mark auf der Girokasse abgehoben, wanderten sie nach Hlba, um sich dort neu einzukleiden und von hier aus die Reise nach Wien anzutreten und dort Arbeit zu suchen. Der dritte Reiseführer, ein 19jähriger arbeitsloser Schlosser, führte unterwegs um und meldete den Vorfall sofort der durch die Schwelldung geschädigten Firma. Ein Inhaber der Firma fuhr mit einem Genbarm im Auto sofort nach Hlba, wo sie die hoffnungslosen Suchenden vor der Einfahrt des Schnellzugs auf dem Bahnhöf verhafteten.

Franckenbera. Bei der Stadtverordnetenwahl am Sonntag wurden 15 Wählerliche und 15 Sozialisten gewählt. Das alte Kollegium bestand aus 13 Wählerlichen und 17 Sozialisten.

Treuen i. W. Vier meldete ein Ehepaar hocherfreut die glückliche Geburt eines kräftigen Sohnes (Nr. 12) und eines kräftigen Mädchens (Nr. 13).

Mühlberg. Wie erinnerlich, sank am letzten Tage des vorigen Jahres ein der Firma Dieck & Busse zugehöriger Mühlenbau an Ausladung der hiesigen Zunderfabrik. Der Rahn hat bis vorige Woche in der Tiefe des Stromes gelegen, vollständig vom Wasser verdeckt, sodaß oft gar nichts, ja meist nur sehr wenig von ihm zu sehen war. Da der Wasserstand der Elbe bis jetzt immer noch zu hoch war, mußten man den Rahn liegen lassen. Erst vor acht Tagen haben die Bedungsarbeiten begonnen, die in kurzer Zeit den Rahn als vollständig Schiffswrack wieder in die Höhe brachten. Die Räden die ursprünglich den Rahn gestützt hatten und die mit gesunken, waren fast alle vom Wasser fortgeweht worden. In den Räden fanden sich noch alle die Sachen vor, welche die Schiffsbemannung damals am Tage des Unfalls hatte im Stich lassen müssen.

Ein neuer Geldraub.

Wie die „Niederrheinischen Nachrichten“ melden, verlangten gestern mittag von der Reichsbank in Duisburg Angehörige der Besatzungsbehörde den Entausch von mit R. A. gezeichneten 50000 Mark-Scheinen im Gesamtbetrage von 6 Millionen Mark. Als dem Ersuchen nicht entsprochen wurde, wurde diese Summe unter Zurücklassung der mit R. A. gezeichneten Scheine fortgenommen.

Neue Verordnungen der Rheinlandkommission.

Wie dem „Journal“ berichtet wird, hat die Interalliierte Rheinlandkommission eine neue Verordnung erlassen, derzufolge die interalliierte Fabrik- und Bergwerkskommission im Ruhrgebiet ihre Tätigkeit auch auf das linke Rheinufer ausdehnt. Die Heberhebung der Kohlensteuer, die Erhebung der Kohlensteuer usw. sind mithin für das besetzte Gebiet einer Zentralstelle übertragen worden.

Genas meldet aus Koblenz, daß wegen einer Beschädigung der Eisenbahnstrecke bei Wehrden von der Rheinlandkommission auf Verlangen des belgischen Oberkommissars folgende Maßnahmen getroffen wurden: 1. Sofortige Ausweisung des Personals, das auf Bahnhof Ronheide wohnt. 2. Der belgische Delegierte in Koblenz wird ersucht, in dem Gebiet zwischen Koblenz und der Grenze jeden Verkehr nach 8 Uhr abends zu verbieten. 3. Vorbereitung einer neuen Ordnung zur Verankerung der Kontrolle des Verkehrs zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten Deutschland.

Verstärkter Besatzungszustand in Aachen.

Infolge der Besetzung der Jechen Graf Schwerin ist die Aufrechterhaltung der Stadt unterbunden. Als Repräsentant wurde seitens der Besatzungsbehörde der verstärkte Besatzungszustand verhängt und jeder Verkehr auf den Straßen von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh untersagt. Die Franzosen gingen, obwohl der Verordnung bei der Bevölkerung noch nicht genügend bekannt war, mit aller Schärfe vor und verhafteten Männer, Frauen und Kinder, die sich nach der Sperre noch sehen ließen, von der Straße, aus den Straßenbahnen und von dem Hausflur weg. So wurden schon am dem Abend, an dem die Verordnung erlassen, 42 und am zweiten 38 Personen festgenommen.

Das Rathaus in Sterkrade besetzt.

Gestern nachmittag ist das Rathaus in Sterkrade von den Belgieren besetzt und das Wachtlokal der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden.

Die Verkehrsfrage in Bern.

Die Verkehrsfrage auf dem hiesigen Bahnhof ist unverändert. Täglich fahren einige Kohlenzüge hier durch, die über Müllinghausen an die militarisierete Nordstrecke gebracht werden. Die Franzosen beginnen mit der Einführung des Personenverkehrs. Auf der militarisiereten Emscher-Talbahn verkehren seit einigen Tagen Personenzüge, die aber nur von landstreumenden Arbeitern benutzt werden. Ein französischer Kutsch am Bahnhofsgelände fordert zur Benutzung der Bahn auf und gibt die Preise für den Personen- und Warentransport bekannt.

Neue Schandurteile.

Das Kriegsgericht in Gattingen wurde u. a. verurteilt Oberstaatsanwalt Kemner vom „Märktischen Sprecher“ in Bochum zu 1 Jahr Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe. Oberregierungsrat Dagemann-Gattlingen wurde zu 3 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Das belgische Volksgericht verurteilte gestern einen Bauunternehmer wegen zu schneller Vorbeifahrt an einer Kreuzung Kolonne zu acht Jahren Gefängnis und 20000

Mark Geldstrafe, eine Geschäftsinhaberin wegen Verweigerung der Warenabgabe an die Besatzungsstruppen zu zwei Tagen Gefängnis und 50000 Mark Geldstrafe und ein Dienstmädchen wegen feindseliger Haltung (!) gegenüber einem solchen bei einer Offiziersfamilie der Besatzung bestrafte zu 15 Tagen Gefängnis und schließlich einen abwesenden Angeklagten wegen Flugblätterverbreitens zu sechs Monaten Gefängnis.

In zwei Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe wurde vom französischen Kriegsgericht der Kaufmann Wiermann aus Berdohl verurteilt, weil er angeblich ohne französische Erlaubnis und ohne Besatzung Erlaubnis in das unbesetzte Gebiet ausführen wollte.

Der Reichsbankrat Rausche wurde vom französischen Militärgericht in Witten wegen scharfloser Zerstückelung einer Verordnung und Verordnung einer französischen Militärperson zu 6 Monaten Gefängnis und 500000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verteidigung des Angeklagten hatte Rechtsanwalt Dr. Grimm aus Essen übernommen. Eine Zustellung des Urteils ist bisher nicht erfolgt.

Kämpfung der Benz-Berke.

Die Unionwerke vormals Benz, die bekanntlich von den Franzosen besetzt waren, weil angeblich Dieselmotore für U-Boote hergestellt worden seien, sind gestern von den Franzosen wieder geräumt worden. Die Behauptung war bekanntlich bereits vor längerer Zeit von einer interalliierten Kontrollkommission widerlegt worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 19. April 1923.

Ministerkonferenzen in Düsseldorf.

Paris. Der Düsseldorfer Sonderberichterstatter der „Vierteljahrs“ meldet, daß der belgische Kriegsminister Deboie, der von dem französischen Kriegsminister Manginot in Düsseldorf empfangen worden sei, mit diesem eine lange Unterredung gehabt habe, bei der der französische Generalstabchef Guat, General Legoutte und der belgische Oberkommandant in dem besetzten Gebiet, General Duquoy, bewohnten. Die Konferenz habe hauptsächlich die Stärke und die Verteilung der alliierten Truppen zum Gegenstand gehabt. Gleichzeitig habe der französische Finanzminister Präsidenten Guitt, den französischen und belgischen Finanzsachverständigen bei der interalliierten Rheinlandkommission und den Vertretern der Interalliierten Rheinlandkommission gehabt, die sich auf die Kohlensteuer, die Auslieferung der Kohlenbewilligungen und das allgemeine Verzehrungsweisen der Besatzungsbehörde bezogen haben.

Canada für Einwanderer frei.

Dambura. Wie die Ennach-Linie mitteilt, ist die canadische Verordnung vom 19. Juni 1919, die den Deutschen, Österreichern, Ungarnen und Türken die Landung in Canada untersagt, aufgehoben worden.

Abwehrlanger Insurgenteneinsatz in Oberschlesien.

Berlin. Wie der „Tag“ hört, haben polnische Insurgenten, die die deutsche Grenze überschritten, den Bahnhöfen angegriffen. Die Polen sind nach kurzem Gefecht über die Grenze zurückgeschlagen worden. Die Berliner Regierung hat geeignete Maßnahmen bereits getroffen, um einer Heberhebung durch die Polen vorzubeugen.

Geldentwurf auf der Jechen Nordflern.

Selentzen. Die Arbeiterschaft auf der Jechen „Nordflern“ hat beschlossen, heute die Arbeit im vollen Umfang wieder aufnehmen. Sie wurde zu dem Beschluß dadurch bestimmt, daß die Franzosen sich nunmehr lediglich auf das Gelände beschränken werden, das sie zum Abtransport der Kohlenvorräte brauchen. Außerdem ist jetzt ein mächtiger Kohlenhaldenbrand durch Selbstentzündung entstanden. Die Arbeiterschaft wird versuchen, das Feuer zu bekämpfen und so einen Teil der Kohlen zu retten. Es ist jedoch fraglich, ob das gelingen wird, nachdem durch die brutal durchgeführten vollkommene Verhinderung der Besatzungsanlagen große Schwierigkeiten im Wege stehen.

Ausdehnung

Der französischen Besetzung in Schwarzwald-Obden?

Offenbach. In der Stadt und in der Nachbarschaft sind Gerüchte über die Ausdehnung der französischen Besetzung entlang der Schwarzwaldbahn bis Danau im Umlauf. Auf jeden Fall sind von deutscher Seite in Haus und Vorarbeiten getroffen worden, um wertvolles Material beim Einmarsch der Franzosen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Besatzungszone ist übrigens inzwischen auf die Gemeinde Ortensburg ausgedehnt worden, wo sich zur Zeit das Postamt von Offenbach befindet.

Gabel und Schnee in Bayern.

München. In der Nacht zum Montag traten in ganz Bayern und im schwäbischen Oberland starke Schneefälle ein. Die Alpen sind bis weit hinunter mit Reuschnee bedeckt. Vorausgegangen ist diesem Schneewetter ein Hagelwetter. In den Gärten und Büren ist ein erheblicher Schaden angerichtet worden. Die jungen Pflanzungen sind zum großen Teil vernichtet. Auch die Winterfrüchte haben nicht unerheblich gelitten.

Gegen eines Steinwurfes lebenslängliche Zwangsarbeit.

Cöchem. Das französische Kriegsgericht verurteilte gegen Steinwurfarbeiter, weil sie den von den Franzosen besetzten Wasserturn angeblich mit Steinen beworfen hätten. Die Arbeiter sagten aus, ein Stein sei ihnen entfallen und fortgerollt. Das Kriegsgericht verurteilte einen nicht-erklärten Arbeiter zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und zwei zu je zehn Jahren Zwangsarbeit.

Reine Befreiung der Zahl der Besatzungsstruppen.

Paris. Wie das „Journal“ meldet, haben der belgische Verteidigungsminister und der französische Kriegsminister beschlossen, die interalliierte Truppenstärke in den besetzten Gebieten trotz der Entlassung des Jahrganges 1921 im ganzen Umfang aufrecht zu erhalten.

Die englische Industrie und der Gabel verlangen Festsetzung der endgültigen Reparationszahl.

London. Die Jahresversammlung der englischen Gabelkammerverträge nahm eine Entschlieung an, in der ausdrücklich erklärt wird, daß die Unwissenheit über die Höhe der Reparationssumme dem Weltfrieden hinderlich sei und der Wessierung der industriellen Lage entgegenstehe. Es wird die Überzeugung der Industriellen von Finanzmännern und Wirtschaftsleuten verlangt, die zu beraten hätte, welche Reparationen möglich seien. Die Konferenz soll die öffentliche Meinung der Welt in diesem Sinne erziehen. Die Versammlung erklärte ferner, daß das Sicherheitsverlangen der Welt von der Reparationsfrage getrennt zu behandeln sei.

Bermischtes.

Einspruch gegen die Verurteilung Röhns. Wie wir erlab, ist sowohl von der Verteidigung des wegen Totschlages unter Subtilung mildernder Umstände und wegen Unterschlagung zu 6 1/2 Jahren Gefängnis verurteilten früheren Oularenleutnants Röhns als auch von der Staatsanwaltschaft Revision gegen das Urteil eingelegt worden.

Folgeschwere Explosion einer Dreifach-Maschine. In der Reparaturwerkstätte der Firma Raab und Schulte, Damburg, Grindelallee, ereignete sich gestern mittag ein Explosionsunfall. Bei der Firma war ein Hochmotor aufgestellt worden, der ausprobiert werden sollte. Dabei explodierte aus unbekanntem Ursache die zum Anlassen des Motors erforderliche Verfluchtmaschine. Sieben Personen wurden verletzt, davon vier schwer. Ein Verling ist seinen Verletzungen erlegen.

Die Stadt Essen ein Torado der Spieler. Seit Enttfernung der Schutzpolizei aus Essen ist die Stadt ein Torado der Spieler geworden. Nachdem die Spielstätte auf offener Straße aufgestellt und von der Kriminalpolizei entfernt worden waren, hatten sich die gewerbmäßigen Spieler in die Lokale zurückgezogen. In einer Wirtschaft in der Altdorferstraße überzogen vier Kriminalbeamte 50 Spieler, darunter auch Fischspieler. Die Ueberwachten versuchten, mit Gewalt zu entkommen. Hierbei wurden die Fenster zertrümmert, die Tische und Stühle zer schlagen. Eine große Anzahl Spieler konnte festgenommen werden.

Einkurz eines Riesenschornsteins. Auf der Portland-Zementfabrik in Kalberg in Länarol ereignete sich ein Unglück. Der 62 Meter hohe Eisenbetonschornstein stürzte zusammen und begrub das Pflanzgebiet unter sich. Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich schwierig, da das Gelände vollkommen mit Dampf erfüllt war. In dem Trümmerhaufen ist eine Anzahl von Arbeitern verschüttet worden. Bisher sind zwei Leichen geborgen.

Das skizzenhafteste Testament. Der letzte Wille eines berühmten Kirchenfürsten wird jetzt nach 300 Jahren erfüllt werden. Wie aus Rom berichtet wird, hat der Papst angeordnet, daß die Leiche des Kardinals Bellarmino, wie er in einer Klausel seines Testaments angeordnet hatte, neben seinem Schüler, St. Lubovico von Gonzaga, beiseite gelegt wird. Bellarmino war einer der größten Prediger und Schriftsteller seines Zeitalters, der sich besonders durch seine kirchengeschichtlichen Arbeiten verbrüht gemacht hat. Sein Leichnam wurde in der Gesu-Kirche zu Rom beigesetzt, während Lubovico, neben dem er ruhen wollte, in der Kirche des hl. Ignatius zu Rom beigesetzt wurde. Die Ueberreste des Kardinals werden nun mit großen Feierlichkeiten am 26. April nach der Kirche des heiligen Ignatius überführt werden.

Die schwerste Sprache. Als die schwerste Sprache der Welt gilt mit Recht das Chinesisch. Welche ungeheuren Schwierigkeiten der Europäer zu überwinden hat, um sich mit den Söhnen des himmlischen Reichs zu verständigen, zeigen die Ausführungen eines in China lebenden Engländer Henry Peterfen. Die gesprochene Sprache, die nur ein literarisches Ausdrucksmittel ist, hat mit der gesprochenen sehr wenig zu tun, und diese besitzt eine Menge Worte, die nicht geschrieben werden können, da man keine Buchstaben besitzt, um die Laute auszudrücken. Immerhin ist das Erlernen der Schreibschrift, die in allen 18 Provinzen Chinas dieselbe ist, noch verhältnismäßig leicht. Die Umgangssprache aber ist nicht nur in jeder Provinz verschieden, sondern sie wechselt sogar von Bezirk zu Bezirk, und ein Chinese kann nur schwer einen anderen verstehen, der 100 Kilometer weit entfernt lebt. Die gesprochene Sprache ist eine Bilderchrift, die sich aber von den ägyptischen Hieroglyphen dadurch unterscheidet, daß sie unendlich viel mehr Reichen besitzt. Da die chinesischen Worte alle einflussig sind und sich in ihrer Grammatik so vollkommen von unsern Sprachformen unterscheiden, so glaubt gar mancher, diese ganze Sprache sei ein zufälliges Gemisch, das ein Fremder nur vermöge eines wunderbaren Gedächtnisses erlernen könne. Das ist natürlich falsch. Auch die chinesischen Worte besitzen ihre Sprachwurzeln, von denen die einzelnen Ausdrücke abgeleitet werden, besitzen ihre Regeln und Gesetze, die allerdings sehr schwierig sind. Das größte Hindernis besteht aber für den Fremden darin, daß in der gesprochenen Sprache jeder Laut vier verschiedene Tonarten hat, von denen selbst das beste abendländische Ohr zunächst nur zwei erkennen kann, und jede Tonart hat eine besondere Bedeutung. Es ist daher leicht begreiflich, daß die Anfänger außerordentlich viele Fehler machen und daß die wertvollsten Verwechslungen vorkommen. In der Sprache von Kanton wird das Wort „Streit“ in den verschiedenen Verbindungen zur Bezeichnung von mindestens hundert Dingen verwendet, die von Krieg bis zu Trankel gehen. Um einen chinesischen Dialekt wirklich erwandern zu können, gibt es nur einen Weg, nämlich den, in dem bestimmten Gebiet abzuweilen zu sein.

Die Trunksucht in den Vereinigten Staaten. Obwohl es in Amerika bekanntlich ein strenges Alkoholverbot gibt, besteht die Trunksucht dort doch augenscheinlich noch in großem Umfang fort. Wie nach der neuesten Statistik der New Yorker Gesundheitsabteilung in der „Klinischen Wochenschrift“ berichtet wird, kamen zahlreiche Verhaftungen wegen Trunksucht sowie Entmannungen und Todesfälle durch Alkohol im Jahre 1922 vor. Die Krankenhauseinweisungen wegen akuten Alkoholismus stiegen von 3346 im Vorjahre auf 5624, die Todesfälle von 141 auf 295. Die Zahl der Todesfälle durch Alkohol hatte freilich vor Einführung des Verbotes 1916 690 betragen. Dagegen ist seit dem Alkoholverbot eine starke Zunahme festzustellen, denn die niedrigste Ziffer wurde 1920 mit 127 Todesfällen erreicht. Die Zahl der wegen Trunkenheit Verhafteten betrug 7868 gegen 6235 und 5438 in den Vorjahren. Die Zunahme wird auf den Erfolg des Bieres durch stärkere Ertrinken zurückgeführt.

Der Tanz vor Gericht. Das ungewöhnliche Schauspiel, daß eine Angeklagte vor dem hohen Gerichtshof einen Tanz ausführt, ereignete sich dieser Tage in Paris. Die Tänzerin Nadia stand unter der Anklage, mit ihrem Partner, Carlo Wiler, dem früheren Partner der berühmten Tänzerin Gaby Deslys, einen unzüchtigen Tanz vorgeführt zu haben. Sie erhob vor Gericht entsetzten Einspruch, und um zu beweisen, daß der Tanz keine Anklage sei, warf sie plötzlich ihre Beise ab. Sprang aus der Anklagebank dicht vor den Tisch hin, an dem die Richter saßen, und gab eine Vorstellung, wobei sie auch alle Bewegungen ihres Partners ausführte. Der Gerichtshof war von der Harmlosigkeit der Schauhallung augenscheinlich nicht völlig überzeugt, denn er verurteilte die Tanzhandlung um zwölf Monate Gefängnis zu geben.

Bezirksversammlung.

Am 10. April 1923 wurde im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Großenhain öffentliche Bezirksversammlung abgehalten, zu der sich die Mitglieder fast vollständig eingefunden hatten. Nach Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Marzke, erteilte dieser Herrn Amtshauptmann Kühn zu Punkt 1 der Tagesordnung, betreffend Bericht über die Tätigkeit des Bezirksamtschusses im Jahre 1922 und über besondere Vorkommnisse im Bezirke, das Wort. Herr Amtshauptmann verlas vor Eröffnung des allgemeinen Berichtes zu Punkt 1 die nachstehende, von der Versammlung lebend angehörene Erklärung:

„Die diesjährige Bezirksversammlung tagt in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis. Ein aus tausend Wunden blutendes Volk steht unter der bestigsten feindlichen Drossel. Der Wille ist heute gerichtet nach dem Ruhelände. Glaubt man auch in der Geschichte der Nationen zurückzugehen, noch nie ist ein bestiegtes Land einer grausameren Behandlung unterworfen worden als gegenwärtig das deutsche. Nicht genug, daß man dem deutschen Wirtschaftselben, der deutschen Industrie durch einen jedem Völkerverdacht hohnsprechenden Raub des Ruhrgebietes seine Ertragsbedingungen abschneidet und damit die Arbeiter zum Darben verurteilt. Die französischen Söldner richten an Oberherrschaft ihre Morgengabe auf unbewaffnete deutsche Arbeiter, die nichts weiter-lasten, als auf den Straßen ihres Schaffens in freudlicher Weise gegen Raub und Vergewaltigung zu manifestieren. Mit 11 Toten und zahlreichen Schwer- und Leichtverwundeten erlebte das französische Nordsee im Westen unseres Landes diesmal seinen Höhepunkt. In tiefster feindlicher Erbitterung empfindet unser Volk mit den Familien der Ermordeten, mit den gequälten Waisenkinder im Westen. Dem die Freiheit, die Ehre und die Würde unseres deutschen Landes als höchstes Gut eines souveränen Volkes gilt, der muß für diese Kulturkatastrophe der heutigen französischen Machthaber die härteste Verachtung fließen, der muß aber auch in Trauer der Tatsache gegenüberstehen, daß das französische Volk dem Norden seiner Soldateska im deutschen Westen nicht Einhalt gebietet. Ich glaube im Einverständnis mit der Bezirksversammlung zu handeln, wenn ich von dieser Stelle aus der Bevölkerung im Ruhrgebiet in ihrem leidenschaftlichen, einmütigen Abwehrkampf unsere herzlichste Sympathie ausspreche.“

Darauf ging der Herr Amtshauptmann zum allgemeinen Geschäftsbericht über und führte ungefähr folgendes aus: „Wollen Sie mich nunmehr übergehen zu dem rein geschäftlichen Teil. Wie anderwärts wirkt sich auch im Bezirk die bedrückende Lage in einer Finanznot der Gemeinden aus, die kaum noch in der Lage sind, ihre sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben vollständig zu erfüllen. Am härtesten tritt dieser Umstand in Erscheinung auf dem Gebiete der Wohnungsfrage, des Begebaues, nicht zuletzt aber auch in Fragen der allgemeinen Fürsorge- und Wohlfahrtsarbeiten. Den ärmeren Gemeinden ist es in letzter Zeit immer schwerer gefallen, die Gemeindeanteile für Klein- und Sozialrentnerfürsorge aufzubringen. Dazu kommt erschwerend die bedrückende Zunahme der Erwerbslosen, durch die das Land und die Gemeinden zu immer härteren Leistungen herangezogen werden, während andererseits die an sich schwach stehenden Steuerquellen nicht annähernd zur Abdeckung der notwendigen Verpflichtungen ausreichen. Um die größte Not im vergangenen Winter zu lindern, wurde eine freiwillige Hilfsaktion durch den Bezirk in die Wege geleitet und konnten 400 der ärmsten Familien um die Weihnachtzeit mit einer einmaligen größeren Räumungsmittelpende bedacht werden. Anerkennung sollen hierbei hervorgehoben werden die Spenden der Großenhain-Gesellschaft, des Deutschen Konsumvereins, der Sächsischen Staatsgüter, des Kammerherrn v. Burgk, sowie eines Teiles der Landwirte im hiesigen Bezirk. Nur dadurch konnte das freiwillige Unterstüßungswerk gefördert werden. Um jedoch das Gebiet der allgemeinen Hilfsarbeiten in geregelter, organisatorischer Bahnen zu führen, wobei eine sichere, finanzielle Grundlage zwingende Voraussetzung ist, hatte die letzte Bezirksversammlung, dem Beispiel anderer Gemeinden und Bezirke folgend, eine allgemeine Wohlfahrtsabgabe für Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschlossen. Der Kreisaußschuß hatte zunächst Genehmigung für Riexa und Bezirk Großenhain erteilt. Infolge eines Abstimmungsfehlers wurde eine erneute Entscheidung über die Bezirkswohlfahrtsabgabe angeleitet. Nachdem sich jedoch das Reichsfinanzministerium gegen solche Steuern erklärt hatte, hat der Kreisaußschuß die bereits für Riexa erteilte Genehmigung zurückgezogen, im übrigen aber den noch genehmigungspflichtigen Vorschlag von Großenhain, Pirna, Sedlitz, Weißbach die Genehmigung verweigert. Im Kreisaußschuß kam hierbei zum Ausdruck, daß sich die Gemeinden dabei nicht

berathen können. Ist auch diese Entscheidung im Interesse einer geregelten Wohlfahrtsaktion zu bedauern, so müssen wir doch mit den bestehenden Tatsachen rechnen und versuchen, der Notlage auf andere Weise beizukommen. Von besonderen Maßnahmen, die im Laufe des Berichtsjahres getroffen wurden, ist zu erwähnen die Neuregelung bei vorgeschriebenem Krankentransport in auswärtige Krankenhäuser, die direkte Kontrolle des Stiefkindwessens durch Beamte der Amtshauptmannschaft und desgleichen die Neuordnung der Revisionen der Bäckereibetriebe. Soweit es galt, die finanzielle Not der Gemeinden zu beheben, ist die Amtshauptmannschaft wiederholt schriftlich und mündlich bei der Staatsregierung vorgegangen. Wenn die Erfolge hierbei nicht so waren, wie wir es sehr wünschen, so ist das nicht zurückzuführen auf Mangel an Hilfsbereitschaft, sondern vielmehr auf die drückende Finanzlage des Reiches und der Länder überhaupt. Aus dem Gebiete der außerordentlichen Begebaubehilfen war es möglich, nach zweimaligen dringenden Ersuchen eine besondere Beihilfe von 500.000 Mark zu erlangen, die in den letzten Tagen an die beteiligten Gemeinden verteilt wurde. Diese ganz betrübende Lage aber legt dem Bezirk die Verpflichtung auf, dort, wo die Nothwendigkeit besteht, durch steuerliche Ersparnisse den Bezirk etwas leistunsfähiger zu erhalten, um dadurch die Umlagepflicht der Gemeinden in maßvollen Grenzen zu halten. Der Punkt 3 unserer heutigen Tagesordnung läßt erkennen, daß hier der Wille besteht, diese noch geringen Möglichkeiten unter größter Schonung der Beteiligten zu erschöpfen. Es soll hierbei durchaus nicht verkannt werden, daß man einzelne Schritte der Bevölkerung herausgreift und diese sich benachteiligt glauben. Dem muß jedoch entgegengehalten werden, daß es der vornehmste Grundgedanke unserer deutschen Einheitsfront sein muß, in den schweren Zeiten, die wir durchleben, den wirtschaftlich Schwächeren durch den Stärkeren zu helfen. Seine geschäftlichen Angelegenheiten erlebte der Bezirksaußschuß in 12 Sitzungen, in denen 852 Gegenstände gegen 726 im Vorjahre verabschiedet wurden. Diese verteilten sich auf 419 Vorschläge, die rein gemeindliche Angelegenheiten betreffen. Im Vorjahre waren es deren 165. Weiter kamen 48 Gemeindefürsorgegegenstände gegen 88 im Vorjahre zur Verhandlung. Besonders diese Zahlen lassen erkennen, daß auf dem Gebiete des Steuerwesens in den Gemeinden eine Stagnation eintritt. Dasselbe sprechen die Zahlen auf dem Gebiete des Begebaues. Während im Vorjahre 88 Begehren anstanden, waren es diesmal deren nur 9. In Konzeptions- und Schanzübertragungsstellen ist eine Zunahme zu verzeichnen. Es lagen in diesem Jahre insgesamt 32 Anträge gegen 27 im vergangenen Jahre vor. Von den 82 Anträgen fanden 29 Genehmigung, doch soll bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht werden, daß der Bezirksaußschuß in Zukunft, den Anordnungen der Reichs- und Landesbehörden folgend, bei Neuanträgen sowohl als auch bei Übertragungen sich die größte Reserve aufzuheben wird. Das gilt insbesondere auf den Verantwortlichen. Bezirksämter sind im vergangenen Jahre 2 abgehalten worden, auf denen 28 Tagesordnungspunkte Erörterung fanden. Im vorangehenden Jahre 1 Bericht mit 19 Verhandlungsgegenständen. Wenn mein geschäftlicher Bericht in diesem Jahre Ihnen ausweisen sollte, bitte ich um Rücksicht, da ich noch nicht ein volles Jahr amtierende. Aber schon aus diesen wenigen Zahlen ist ersichtlich, in welcher hohen Maße sich die Aufgaben des Bezirksverbandes gesteigert haben. Diese Steigerung wird sich mit Inkrafttreten einer neuen Gemeindeform fortsetzen, da die Reform selbst den Bezirken eine ganze Fülle neuer Arbeitsgebiete zuweist. Die zurückliegenden Arbeiten konnten nur erledigt werden durch die Unterstützung der Mitglieder des Bezirksamtschusses, der Bezirksversammlung, nicht zuletzt aber auch durch die Hingabe und Arbeitsfreudigkeit der Beamten und Angestellten. Allen Beteiligten sei von dieser Stelle aus der Dank der Amtshauptmannschaft ausgesprochen. Ich möchte mit dem Wünsche schließen, daß wir die noch vor uns liegenden schweren Zeiten im gemeinsamen Willen zu einem gegenseitigen Verzeihen durchleben. Nur wenn wir uns alle von dem einen großen Gedanken für das Allgemeinwohl tragen lassen, werden wir unter Volk ruhigeren und geordneteren Verhältnissen entgegenführen können.“

Die Versammlung nahm von den Ausführungen Kenntnis. Eine Anweisung wurde nicht gewünscht. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, betr. Wohl von 2 Pflegeanstaltsmitgliedern anstelle der am 31. Dezember 1922 ausgeschiedenen Mitglieder Gemeindevorstand Behmann-Richtersee und Guttscheider Düwerrig-Frausig, erhaltete Herr Reg.-Amtmann Knoch Bericht. Es wurden hierauf durch Herrn Vorsitzenden wieder bezug. neugewählt die Herren Gemeindevorstand Behmann-Richtersee und Gemeindevorstand Hafersohn-Jelthaus. Zu Punkt 3a, betr. Steuer für private Haus- und Hofschlagungen, nahm Herr Amtshauptmann Kühn das Wort

und begründete in lauzeren Ausführungen die Vorklage. Als Steuererhöher wurden von ihm vorgebracht für Rinder 5000 Mark, für Schafe 3000 Mark, für Kühe und Schafe 1500 Mark. Für auf Schlachthöfen vorgenommene Schlachtungen sollen nur zwei Drittel der Steuerbeträge erhoben werden. Außerdem soll im 2. Ablage des 2 noch eingespart werden: wenn die Viehschlachtung einen nachgewiesenen erheblichen Schaden bedeutet. Die Vorklage wurde hierauf ohne besondere Ausprägung mit großer Mehrheit angenommen.

Zu Punkt 3b, betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Zugviehsteuer, erhaltete gleichfalls Herr Amtshauptmann Kühn Bericht. Er führte dabei aus, daß die Erträge dieser Steuer zur Unterstützung der Gemeinden und Güterbezirke auf dem Gebiete des Begebaues Verwendung finden sollen. Der Bezirksverband kann die staatlichen Steuererhöher (3000 Mark für jedes zum Viehen benutzte Pferd und Maultier und 2400 Mark für jedes andere Zugtier) durch Steuererhöhung auf das Dreifache erhöhen. Die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksamtschusse ist aber auf den Mittelweg angekommen und schlägt der Bezirksversammlung die Erhebung des Zuschlages der in dem Besetze über die Zugviehsteuer vom 27. März 1923 angegebenen Steuererhöher vor. Aus der Mitte der Versammlung werden vielerlei Bedenken gegen die Vorklage geäußert. Herr Amtshauptmann Kühn entkräftet sie durch eingehende Ausführungen und betont nochmals auf das Nachdrücklichste die Notwendigkeit der Einführung dieser Steuer. Die Vorklage wird hierauf mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, betr. Bekanntgabe der Voraussetzungen für die Bewilligung von Mitteln aus dem Anleihefonds an Gemeinden, erhaltete Herr Amtshauptmann Bericht. Er hat die Beschlüsse, soweit ihnen dazu Gelegenheit geboten ist, unter den beteiligten Gemeindevertretern auszuführen zu wirken. Die Versammlung nahm von den Ausführungen Kenntnis.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung, betr. Haushaltsplan über den Aufwand beim Bezirksarbeitnachen auf das Rechnungsjahr 1923/24, erhaltete Herr Reg.-Amtmann Knoch Bericht. Der Haushaltsplan wurde hierauf einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung, betr. Haushaltsplan über den Verwaltungsaufwand bei der Bezirkspflegeeinheit auf das Rechnungsjahr 1923/24, berichtete Herr Reg.-Amtmann Knoch. Auch dieser Haushaltsplan fand einstimmige Genehmigung.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, betr. Haushaltsplan für den Bezirksverband auf das Rechnungsjahr 1923/24, berichtete wiederum Herr Reg.-Amtmann Knoch. Der Haushaltsplan wurde nach Vornahme einiger geringfügiger Streichungen und mäßiger nicht unweilendlicher Erhöhungen gleichfalls genehmigt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, betr. Haushaltsplan für den Wohlfahrtspflegebezirk auf das Rechnungsjahr 1923/24, wurde nach Vortrag durch den vorerwähnten Berichtshalter ebenfalls Genehmigung erteilt. In allen vorliegenden Haushaltsplänen wurde übrigens beschlossen, die Bezirksumlage von den Gemeinden nur in der Höhe zu erheben, die sich unter Berücksichtigung der vom Reich zu erwartenden Beschuldigungsausfälle ergibt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung, betr. Verordnung des Reichsfinanzministeriums über Verlängerung der Zahlungsperioden für die nach dem Kriegslieferungsbescheidene Abgabepflichtigen erhaltete Herr Reg.-Amtmann Knoch Bericht. Die Versammlung nahm von den Ausführungen Kenntnis.

Stolze Herzen.

Roman von Alfred Sassen.

17. Fortsetzung.

„Das fühlte ich erst jetzt“, sprach die Komtesse in ärmlicher Abwehr rasch weiter, „heute, da er heimkehrte, geschmäht mit den strahlenden Erfolgen seiner Arbeit und seines Talentes. Und diesen Mann habe ich ganz plötzlich von mir ferngehalten, mit beiden Händen gleichsam, als sei er nicht wert — mit ihm — und herzlosen Bedenken habe ich mich herumgeschlagen — o, wieviel Schändes und Töriches hab' ich herbeigeherrt, um — — nein, er kann mir nicht verzeihen, Lotte, denn er muß wie ich empfinden, muß die Demütigung und tödliche Kränkung, die ich ihm angetan, wie wütendes Gift in seinem Blute fühlen! — Er wird mir nicht glauben, wenn ich jetzt komme und —“

„Lotte hatte vom Ferkelbrecht eine Lampe herbeigebracht und angezündet. Sie bemühte sich noch immer, ganz ruhig zu erscheinen, gleichsam erfüllt von unerschütterlichem Vertrauen in einen guten Ausgang. Während sie den Docht ein wenig höher schraubte, kniff sie an Clementines Wort an: „Dir glaubt man. Wenn dein stolzer Mund sich zu einem Geständnis öffnet, so —“

„Lass den Stolz“, brach die Komtesse aus in tiefen großen Lauten. „Ich verdamme ihn. Ich habe Stunden, in denen ich diejenigen gehaßt habe, die ihn in mir ausgegossen. Was gab mir ein Recht, ihm gegenüber stolz zu sein, frage ich dich?“

„Lotte war von ihrem Tisch fort zu der Erregten getreten und hatte ihre Hände erteilt. Freundlich sagte sie: „Siehst du, nun sind deine Hände wieder unnatürlich heiß, und auch deine Wangen glühen wie im Fieber. Du wirst dich noch krank machen.“

Die Komtesse schlang den Arm um die Freundin und sprang sie, neben ihr aber durch das Zimmer zu gehen. „Aber nicht wahr, ich habe eine Entschuldigung? Ich habe ja auch gelitten, vielleicht mehr gelitten als er! — Und ich will ihm ja für das, was ich ihm angetan habe, lieben, lieben, wie ihn keine andere lieben kann!“

„Lottes Augen feuchten sich unwillkürlich bei diesen herzbewegenden Tönen. Mit dieser Stimme sprach zu ihm, sagte sie einfach, „mit diesen Augen sieh ich an — und es wird alles gut werden.“

„Clementine atmete tief auf und legte die Hand auf den Mund der Freundin. „Was das das letzte Wort sein“, sagte sie leise. „Wir können ja auch nichts mehr tun als warten — erwarten. — Komm, ich will dir ein wenig beifern.“

„Und sie nahm aus zwei bereitstehenden Rorden Rüsse,

Wesell und Pfefferkuchen und füllte die Teller damit, während Lotte in aller Eile den neben dem Kaffeeher ausgestellten Lammensbaum mit allerlei buntem Kleinram besetzte. Es wurde still in dem großen Schulzimmer, das noch eben die erregten Laute einer tierisch-stürzenden Menschenstimme mit schmerzlicher Rast erfüllt hatten. Nur leises Klappern und Rascheln ließ sich vernehmen, und von den Fenstern her das Tausen und Singen des Windes, der jetzt auf seinen Pflichten wieder große Schneeflöten zur Erde niedertrug. Wie ein matterer, weißer Schleier, von den Länden des Weihnachtsmannes mitgebracht, lag es draußen an den Scheiben.

Die Komtesse bemühte sich, gleich Lotte ruhig und gefaßt zu sein. Aber es war nur eine scheinbare Ruhe. Sie sie zur Schau trag, dem Bittern ihrer Hände, den köstlichen Atemzügen ihrer Brust vermochte sie nicht zu gebieten. Von Lotte unbedachtet waren ihre Augen unter den gesenkten Lidern hervor schon einmal hinüber zu der altmodischen Standuhr dort neben der Tür getrieben. Mit rasendem Herzlopfen verfolgte sie das Weiterdrehen des Zeigers auf dem blumigen Zifferblatt. Und plötzlich jubelte sie heftig zusammen und stand angestrengt horchend mit vorgeneigtem Haupte.

„Was ist?“ fragte Lotte, durch das merkbare Bittern des Lächels unter Clementines trampfhaft aufgelaufener Hand veranlaßt, sich umzusehen.

„Der Zug muß eingelaufen sein, es war mir, als hörte ich das Pfeifen“, rief die Komtesse hervor.

Lotte sah rasch nach der Uhr und trat dann zu der Freundin, ihr mit aufstrahlenden Augen beide Hände entgegenstreckend. „Ja, es ist so weit“, rief sie, und nun konnte auch sie eine zitternde Erregung nicht länger unterdrücken. Die Stimme wollte ihr nicht recht gehorchen, sie sang in aller Freude rau und heiser. „In fünf Minuten hast dein Glück vor dir, lieb Herzl! Du brauchst nur zuzugreifen. — Aber mein Himmel, was ist dir denn? Du siehst ja plötzlich wie ein Geist aus.“

In der Tat war alle Farbe aus dem schönen Rosen Antlitze der Komtesse gewichen. Die Augen brannten unnatürlich groß und schwarz in diesem farblosen Gesicht. Sie stand im heftigsten inneren Kampf. All das, was in den letzten Jahren des Überganges und der Wanklung vom Kind zur Jungfrau ihr festes, trotziges Herz durchdrungen hatte, all das tiefschmerzliche Fär und Wieder in dem heimlichen und doch so gewaltigen Ringen mit der heiligen Kinderliebe stürmte noch einmal auf sie ein und raubte ihr fast den Atem. Kaum vermochte sie sich aufrecht zu erhalten. — Plötzlich zog sie ein Paletchen aus der Tasche — ihr selbstgeordnetes Geschenk für Herrn war darin — und betrachtete es mit wirren Blicken; aber nur

wenige Sekunden, dann schob sie es mit einer heiligen Bewegung wieder in die Tasche zurück und trat ein paar Schritte nach dem Stuhl hin, auf dem ihr Mantel lag.

„Ich kann jetzt nicht“, rang es sich von den zerbildenen, zuckenden Lippen.

„Lotte erschraf. „Um Gottes willen, sei nicht so unerschrocken grausam gegen dich!“

„Sei du barmherzig und glaube mir, ich kann nicht — wenigstens in diesem Augenblick nicht!“ Und sie wollte nach ihrem Belamantel greifen.

Lotte zog ihr die zitternden Hände fort. „Sieh, um eine Spanne von Minuten handelt es sich noch“, bat sie innig. „Lasse aus. Und ist er da, so lege dein Gewicht in seine Hände. Das ist alles, was du sollst. So fräube dich doch nicht länger gegen die Überzeugung, daß er dich verstehen wird und muß. Er wird deine Hand festhalten und —“

„In meinen Schläfen hämmert's zum Vorbringen! Ich kann ihm so nicht gegenübertreten“, wehrte die Komtesse angstvoll ab. Und mit plötzlichem Einfall feste sie rasch hinzu: „Ich will erst selbst noch der alten Gerbereieth das Geld bringen. Der kleine Gang wird beruhigend auf mich einwirken — gewiß.“

„Und sie griff wieder nach dem Mantel.“

„Ich lasse dich nicht fort“, sagte nun Lotte ganz entschlossen.

Die Komtesse war in ihrer großen Erschütterung zu schwach, sich der umstrickenden Arme der entschlossenen Freundin zu erwehren. Sie neigte einen Augenblick wie überwunden den Kopf auf Lottes Schaiter, rief jedoch hoch sie ihn aber wieder und stieb unruhig: „Wir dürfen — Lena auch nicht sofort überfallen. Das erste Anrecht auf ihn hat sein Vater.“

„Du mit der Fülle deiner Liebe hast das gleiche Anrecht.“

„Rein — nein!“

„Ich gebe dich nicht frei!“

„Laß mich —“

„Clementine!“

„Da erwachte ich der ganze Trost und Stolz ihrer selbstherrlichen Natur in der Komtesse. Mit einem Blick machte sie sich los. Raub und schärft rief sie: „Du siehst ja doch, ich will nicht!“ Und sie raste ihren Mantel auf und stob aus des — Rimmer.“

(Fortsetzung folgt.)

Beim Krafffahren Geld sparen!

Größte Haltbarkeit, Elastizität u. Betriebsstoff-Ersparnis machen

Continental Cord

zum wirklich billigen Reifen.



Volkswirtschaftliches.

Vermögenssteuer und Zwangsanleihe. 1. Junge Aktien, die im Jahre 1922 bezogen, aber bis zum 31. Dezember 1922 noch nicht zum Handel an einer deutschen Börse zugelassen waren, sind bei der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe wie die alten Aktien mit einem Abschlage von 10 v. H. des Steuerfußes zu bewerten. Junge Aktien, die bis zum 31. Dezember 1922 bereits zum Handel an einer deutschen Börse zugelassen waren, sind genau wie die alten Aktien zu bewerten. 2. Voraussichtliche und mit dem vierfachen Steuerfuß, höchstens aber mit 80 v. H. des Steuerfußes am letzten Vorkesseltage des Jahres 1922 zu bewerten. 3. Fällige Zins- und Dividendenscheine sind nur dann besonders zu bewerten, wenn sie nicht mehr zum Stück gehören, noch nicht fällige Zins- und Dividendenscheine nur dann, wenn der Steuerpflichtige das Stück nicht mehr besitzt. Maßgebend ist grundsätzlich der Nennwert; dies gilt auch für ausländische Zins- und Dividendenscheine. 4. Ansprüche auf Entschädigung gegen die Südafrikanische Union können, soweit sie am 31. Dezember 1922 noch nicht festgesetzt waren, für die Vermögenssteuer und Zwangsanleiheveranlagung unberücksichtigt bleiben. 5. Der Steuerwert der Aktien der Compania Hispano-America de Electricidad muß statt 1422,00 Mark richtig 142,200 lauten. Die verfahrensrechtliche Steuerfurde der Aktiengesellschaft für Gemische Produkte vorm. Scheidemann, für die die Unterlagen noch fehlten, lauten auf 10 000 Mark und die der Doderhoff u. Widmann A.-G., Bielefeld a. N., auf 2112. 6. Als bis zum 31. August 1922 unter Verabreichung des Preisnachlasses gezeichnete Zwangsanleihebeiträge, die auf die endgültig zu leistende Zwangsanleihe zum doppelten Nennbetrag angerechnet werden, gelten auch die bis zum 31. August 1922 durch Verabreichung, d. h. nicht durch Einzug, von Kriegsanleihe überzahlten Notepfennige.

Die Großhandelspreise zeigen Mitte April gegenüber dem Stande vom Anfang des Monats bei leicht aufwärtsgerichtetem Bewegung nur geringe Veränderungen; das Preisniveau hat sich nach der Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts von dem 484fachen des Friedensstandes am 1. April auf das 492fache oder um 1,6 v. H. am 15. April gehoben. Von den Hauptgruppen liegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von dem 370fachen auf das 369fache oder um 0,3 v. H., während die Industriestoffe mit dem 722fachen etwa auf dem Stande vom 5. April (721fache) verharren. Die Gruppenindexziffer der Inlandwaren liegt von dem 480fachen auf das 488fache oder um 1,6 v. H., diejenige der Einfuhrwaren von dem 663fachen auf das 669fache oder um 1,2 v. H.

Die Einkommensteuer und Vermögenswertungs-gesetz. Die Eintragungsurkunden für die Einkommensteuer 1922 sind nun wohl in den Händen aller Steuerpflichtigen. Wer sie noch nicht erhalten hat, muß sie schleunigst von seinem zuständigen Finanzamt einfordern. Denn vor bis zum 30. April keine Steuererklärung nicht abgegeben hat, muß gewärtig sein, daß er durch Straf-zuschläge, die nach den neuesten Bestimmungen erfindlich hoch sind, zur Erfüllung seiner Pflicht als Steuerzahler angehalten wird. Aber nicht nur seine Steuererklärung soll man bis zum 30. April abgegeben haben, sondern man soll auch den Betrag, den man auf Grund dieser Steuererklärung dem Steuerfuß zu schulden ist, bis zum 30. April beim Finanzamt einzahlen. Man wird also gut tun, nachzurufen, was man auf Grund der Lohnabzugspflicht oder der Vorauszahlung bereits abbezahlt hat, und den etwa fehlenden Betrag schnellstens nachzu-

zahlen. Denn das neue Gesetz zur Berücksichtigung der Geldentwertung verlangt von jedem Steuerpflichtigen, daß er selbst wissen muß, welche Steuer er zu bezahlen hat. Die Steuerbehörde prüft nur noch nach, ob er sich auch richtig eingeschätzt hat, und erhebt den zu wenig gezahlten Betrag nach oder zieht die fälligen Strafzuschläge ein. Für alle nicht pünktlich eingezahlten Steuerbeträge sind nach dem Geldentwertungsgesetz 15 Prozent Zinsen für jeden angefangenen Monat der Verjährung zu entrichten. Vom vierten Monat der Verjährung ab erhöht sich dieser Steuerzins sogar auf 30 Prozent für den Monat. Wenn sich bei der endgültigen Veranlagung ergibt, daß der Steuerpflichtige um 100 000 Mark oder mehr weniger Einkommensteuer eingezahlt hat, als er nach Ansicht der Steuerbehörde verpflichtet war, so hat er für diesen Betrag noch einen besonderen Zuschlag von 5 Prozent monatlich vom 1. Mai 1923 ab zu zahlen. Neben den Zahlungen für die endgültige Einkommensteuer 1922, die bis zum 30. April erledigt sein müssen, sind von diesem Termin an auch bereits wieder Vorauszahlungen für das neue Steuerjahr 1923 zu entrichten und zwar vierteljährlich in der Höhe der endgültigen Veranlagung für 1922. Diese Vorauszahlungen werden erst wieder bei der endgültigen Veranlagung für das Jahr 1923, also im April 1924 abgerechnet werden. Von den sonstigen Änderungen des Einkommensteuergesetzes sei erwähnt, daß Einkommen aus Dividenden von Aktiengesellschaften teilweise von der Einkommensteuer abgezogen werden können, und zwar mit 15 Prozent der Dividende, wenn der Steuerpflichtige höchstens 800 000 Mark Jahreseinkommen hatte, mit 12½ Prozent der Dividende, wenn er nicht mehr als 2,4 Millionen Mark Einkommen hatte, andernfalls nur mit 10 Prozent der Dividende. Angehörigen der freien Berufe, also z. B. Ärzten, Rechtsanwälten, Schriftstellern usw. wird ein besonderes Abzugsrecht zugesichert. Ein Fünftel ihres Einkommens oder mindestens 30 000 und höchstens 80 000 Mark werden als steuerfrei von ihrem Einkommen abgezogen. Ebenso dürfen Aufwendungen für die Herstellung von Kleinfamilien mit 75 Prozent der aufgewendeten Beträge von der Einkommensteuer in Abzug gebracht werden.

Die Lage der niederrheinischen Margarineindustrie. Die durch die Nahrungsmittel-geschäftliche Lage beeinträchtigt auch in hohem Maße die niederrheinische Margarineindustrie. Der Bestand von Margarine wie überhaupt aller Lebensmittel in das besetzte Gebiet wird zwar nicht behindert, wohl aber die Herstellung der Margarinefabriken mit Rohstoffen stark beeinträchtigt. Die belgischen und französischen Behörden verlangen für die für die Margarinefabriken bestimmten Rohstofflieferungen wie Kokosfett und dergleichen, wozu außerdem eine ganze Anzahl Lagerzulassungen auf den verschiedenen militärisierten Zonen festliegen, die bekannte Zollabgabe und die Nachprüfung von Einfuhrgenehmigungen. Beides wird von den Fabriken, insbesondere den Anweisungen der deutschen Regierung, verweigert. Die zu Beginn der Besetzung bei den Fabriken vorhanden gewesenen Rohstoffbestände sind inzwischen zumeist aufgebraucht, sodaß bei Fortdauer der Sperre der Rohstoffzufuhr, Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen nicht fern werden, wodurch die Fettversorgung des Ruhrgebietes eine erhebliche Beeinträchtigung erfahren dürfte. In einer schwierigen Lage befinden sich auch verschiedene große Zuckfabriken am Niederrhein, die zwar selbst nicht im besetzten Gebiet liegen, denen aber, da auch sie die Zollabgabe und die Einholung von Ausfuhrbewilligungen bei

den Besatzungsbehörden verweigern, der Absatz ihres wichtigsten Nebenproduktes, der Dextrose, in das besetzte Gebiet unmöglich geworden ist.

Marktberichte.

Amliche Notierungen der Provinzen - Werte in Chemnitz am 18. April, nachmittags 8 Uhr. Stimmung: fest. Weizen 58000-60000 M., Roggen 44000-47000 M., Sommergerste 42000-44000 M., Hafer 42000-45000 M., Mais 58000 M., Weizenmehl 80000 M., Roggenmehl 78000 M., Weizenkleie 24000 M., Roggenkleie 25500 M., Bienenbrot 25000-26000 M., Getreide-Stroh 17000 bis 20000 M. für den Selterer franto Chemnitz, bei Getreide in Ladungen von 200-300 Selterer, bei Stroh in Ladungen unter 100 Selterer, bei Stroh in Ladungen 80-100 Selterer.
Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Warenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 58000-60000, Ertrag. Roggen, märkischer 48000, schlechter 46500-47500, Ertrag. Gerste, Sommergerste, märkischer 39000-41000, Ertrag. Hafer, märkischer 41000 bis 43000, schlechter 40000-42000, Ertrag. Mais loco Berlin 58000-54000, wagoanfrei Hamburg 51000 bis 52000, Ertrag. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 150000 bis 170000. Feinste Marken über Ostia bezahlt. Ertrag. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 135000-145000, Ertrag. Weizenkleie frei Berlin 24500-25000. Roggenkleie frei Berlin 25000-26000. Feinst. Hafer 105000-110000. Feinst. Weizen 105000-110000, Feinst. Gerste, Victoria 75000 bis 80000, kleine Spelzgersten 55000-60000, Futtererbsen 45000-50000, Welshafen 60000-68000, Futterbohnen 45000-50000, Wicken 65000-70000, Lupinen, blaue 60000-70000, Lupinen, gelbe 85000-95000, Serradella 110000-125000, Rapssamen 39000-40000, Leinöl 55000-68000, Trockenmilch 16500-17500, Bolivienmehl 23000-24000, Torfmehl 30:70 15000-16000, Kartoffelmehl 28000-24000.

Sport.

B. f. S. Halle 98 wird seine Ausdauer bei dem tiefsten Sporthilfsum nicht verlieren, zumal die Mannschaft in härtester Aufstellung erscheint, u. a. mit ihrem vielen Internationalen Stürmer Förderer. Weitere Stützen der Mannschaft sind Grünberg und Burkhardt, die schon des öfteren in Stadtspielen Halle erfolgreich vertreten haben. Nießner Sportverein wird mit seiner 3. stärksten Mannschaften antreten und hoffen wir, daß die Mannschaft alles anbietet, die heimischen Farben ehrenvoll zu vertreten. Wir sprechen jedoch dem mehrfachen Mitteldeutschen und Saalekreisläufer mehr Chancen zu.
Der Ränderer Sportverein spielte am Sonntag mit 3 Mannschaften in Gröblich als Gast des dortigen Sportvereins. Die beiden 1. Mannschaften lieferten sich einen erbitterten, aber schönen Kampf, aus dem schließlich die 2. Mannschaften mit 4:2 als Sieger hervorgingen. Es ist dies in kurzer Zeit die dritte 1. Mannschaften, die sich den Ränderern beugen mußte. Die Ränderer - trotz Erfolges für den Wintersaison - lieferten wieder einmal ein tadelloses Spiel. Die 2. Mannsch. 3:4, die 3. Mannsch. Dresden als Gast bei den Ränderern.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 29426 Mark.

Leinwand, N. Küche u. Zubehör, n. alleid. i. Gröba. Dff.u.K 0214 a Tagl. Nies.

Wöbl. Zimmer
für ja. Herrn per 1. Mai gesucht. Dff. unt. K P 215 an das Tagblatt Nies.

Wöbl. Zimmer
gesucht.
Meldungen an:
GEG Verwaltungsstelle Gröba.

Suche ein eheliches Mädchen.
Frau Photoar. Werner.

Zuverlässiges, freundliches Mädchen
zum sofortigen Austritt gesucht.
Dilgenhof,
Auguststraße 2, 3.

Suche sofort fleißiges, nicht fortbildspflicht. Mädchen
aus besserer Familie zu zwei Kindern u. zur Hilfe im Haushalt, ev. als Aufsichtung. Frau Dr. Fröde, Wettinerstraße 24.

Gänse
treffen täglich ein und gibt preiswert ab
Hofmann,
Barftr. 14. Tel. 292.

Eckarren
so gut wie neu, billig zu verk. Goldammer & Co., Telefon Nies 553.
Gebr. Lang- und Goldhiesel, Gröba 43, u. verkaufen. Winzier, Bismarckstr. 13.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Ein Kleiderschrank, Kommode, Nähtisch, Spiegel, Kleiderhalter zu verkaufen. Schneider, Schulstraße 19, v.

Herrenzimmer
guterhalt., zu kaufen gesucht. Offerten an Schwibb, Hauptstr. 72.

Altkupfer Altmessing
kauft als Selbstverbrauch. zum Tagespreis
Franz Müller, Hauptstr. 53
Fernruf 519.

Möbel
neue und gebrauchte preisw. zu verkaufen
Oskar Wesse
Nies, Bruckgasse 4

Werkeinste Matjesheringe sarte fetthaltige Fische empfiehlt
Alois Steizer.
Saubere gepuhten Schweinstopf Pfund 2200 Mt., ff. Margarine (nur beste Marken), Schokolade, Palmöl, n. Schottenberinge, Blumenohl, Sellerie, Porree u. Gemüse empf. zu billigsten Preisen
Paul Schautzschik
oben Eck Central.

Reiche Frischluft. Freitag, 20. April, Versammlung. Gabelsd. Stenogr.-Verein Nies. Jeden Freitag (Beginn am 20. 4.) in der Handelschule 7-8 Fortbildungskursus (Verkehrsschrift), 8-9 Schnellscr. Volksschule. Der Lehrgang über Medientechnik wird Freitag, 20. 4., ab. 1/8 Uhr, Goethestr. 102 I. fortgesetzt. Teilnehmer werden noch zugelassen.

Vereinsnachrichten
Ziegen-, Zickel-, Nanin-, Maulwurfs-Felle sowie alle anderen Arten kauft zu Tagespreisen **C. Wehner, Altmarkt.**

Briketts
Zieblite, Holz, Holz usw. zur sofortigen und späteren Lieferung ab Lager oder frei Haus. Anmeldung zur Kohlenarten zur Kundenliste erbiten
H. G. Sering & Co., Ebftr. 7.

Fahrradgummi billiger!
Ich schlage jede Konkurrenz in Preis, Qualität und Auswahl.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!
Gummi-Spezial-Vertrieb
Otto Mühlbach
Nies, Bismarckstr. 11
Edt Schloßstraße.
Gebr. Rindertwagen u. v. Rammig, Rändergr. Dordr.

Heute letzter Tag: **Charlie Chaplin** in „Chaplin als Pseudograf“, sowie der gr. Frauenfilm „Neber alles hat die Liebe“. Freitag bis Montag: Fortsetzung des **Eddie Polo**-Films „Zirkus Gray“ 6. und letzter Teil.
Ferner: „Der Herr Inspektor“, Lustspiel mit Leo Beufert.
Voranzeige! Ab Dienstag: „Fern Andra?“
Vorführungen: Werktag 7 u. 9 Uhr. Einlaß 1/7 Uhr. Sonntag ab 3 Uhr. Um gütigen Widerspruch bittet die Besizerin Anna Jach.

Seefische u. grüne Heringe. Clemens Bürger.
Ba. fettes Pferdefleisch, keine Mettwurst zum Brotbacken, prima Feder-, Blut- u. Knoblauchwurst.
Albert Weichhorn, Werdelstraße 10, Gröba, Kirchstr. 10, Tel. 685.

Zigaretten
große Auswahl, Gold und ohne Mundstück, für „Gändler, Gastwirte und Kantinen liefert
W. Glaser, Leipzig, Katharinenstr. 17
Telefon 23918.

Kammerlichtspiele
Hauptstr. 1
Nur noch heute: **Eddie Polo** und **Schweizer Schäfer**.
Ab morgen Freitag der tadelhafte Spielfilm.
Ein Meisterwerk deutscher Filmtechnik!
Ein Triumph der Kunst im Film:
Der Halunkengelger.
— 6 Akte. —
In der Hauptrolle der Welt bester Charakterdarsteller:
Hans Mierendorf
und weitere erste Künstler.
Die Laufbahn eines Künstlers von seiner Kindheit an bis an sein trauriges Ende wird in diesem Filmwerke in herzerregenden Szenen gezeigt. Dieser Film mußte in allen Großstädten Woche um Woche prolongiert werden und wurde bereits von allen Ländern der Welt angekauft! — Die zu diesem Filmwert komponierte Musik wird durch verstärkte Kapelle erster Leipziger Künstler ausgeführt.
Hierzu: **Roboby 18.** und **14. Episode.**
Hauptrolle: **Splifter Schäfer**.
Täglich ab 7 u. 9 Uhr. Sonntag ab 2 Uhr große Kindervorstellung.
Ab Dienstag: **Zirkus Gray 6. Teil** sowie **Roboby 15.** und **16. Episode.**
Um recht regen Besuch bittet der Besizer **A. Waver**.

1 Piano, Harmonium
Grammophon zu verk.
Hotel Kronbrina.
Männerarbeitshemden
aus prima Baucht
Stück 9300 Mt.
Vorges. Laufl. Wäsche-lager. Am Technikum.
Strümpfe
empf. N. O. S. u. e. I.
Hauptstr. 25, II.
i. d. v. Klempn. Golen.

Gasthof Bahra.
Sonabend, den 21. April
Frühjahrsvergnügen
vom Musikverein „Arion“,
Streich- und Blasinstrument.

Diesigen Gewerbetreibenden, welche sich beim Gartenbau-Verein in die Liste eingetragen haben und noch kein Land besitzen, werden gebeten, sich Montag, 23. April 1923, abends 8 Uhr im Goldenen Löwen zu einer Besprechung einzulassen.
Der Vorstand des Gartenbau-Vereins.
Für Anteilnahme bei dem schmerzlichen Verlust unseres Lieblichen
Danten bezahl.
Nies, am Begräbnistage.
Max Schlieke und Frau nebst Grohketerin.

Für die Beweise der Teilnahme beim Selmgänge unseres Kleinen
Walter
sagen allen herzlichen Dank.
Nobeln, 17. April 1923.
Fam. Kämer.

Für die vielen Beweise herzlichen Teilnahme durch Schluß und Blumenkranz beim Begräbnis unseres lieben Entschlafenen sagen allen herzlichen Dank.
Widwa, am Begräbnistage.
Familie Franz Starke nebst allen Entschlafenen
Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.

Der Kampf um die Markstützung.

Die Verhärtung des Rubrubandes hat dramatisch die Ausweitung des deutschen Rubrubandes, die neuen Verkehrsbeschränkungen, das Vorgehen der französischen Soldateska bei der Kohlenbeschlagnahme, die Anknüpfung einer gewaltsamen Einziehung der Kohlensteuer und endlich die immer brutaler durchgeführten Massenausweisungen von Eisenbahnern, alles das beweist die Entschlossenheit Polnens und seiner Brüsseler Vasallen, Gewalt bis zum äußersten anzuwenden, jedes Recht und jeden Vertrag rückwärts zu treten, um Deutschland endlich auf die Knie zu zwingen. Was wäre gewonnen, wenn man wirklich zu Verhandlungen mit einem solchen Geiher gelangt? Welchen Wert hätte selbst ein neues Abkommen mit einem Kontrahenten, der hundertmal und soeben erst wieder bei der Ausweitung des Rubrubandes bewiesen hat, daß Recht und Verträge ihm kein Hindernis sind, um den Gegner zu vernichten, ohnmächtig zu machen und in unbedenklicher Nähe zu berauben.

In der Abwehr gegen diesen grenzenlosen Verschlungswillen muß das deutsche Volk jetzt alle seine Kräfte aufbieten. Alles, was die Abwehr schwächt oder hemmt, muß unter allen Umständen unterlassen werden. Die Wirtschaft bedrängt werden. Die Reichsregierung hat aber von vornherein die Stützung der Mark auf einer Dollarkonvertibilität im wesentlichen bis fünfundsiebzigtausend Mark als eine notwendige Vorbedingung eines erfolgreichen Abbrückens zur Verhinderung der französischen Erpressungspolitik angesehen. Aber die Vermögenswerte, die Mark zu stützen, sind von vornherein auf den Widerstand der auf ein abdrückendes Sinken des Marktkurses eingestellten Deutschenpeupelation gestoßen. Immer wieder hat diese versucht, die Markstützungspolitik zu durchkreuzen und nicht zu machen. Anfangs hat sie hierbei empfindliche Niederlagen und auch erhebliche Geldverluste erlitten. Bisher war es der Reichsbank gelungen, den Vorkurs auf die Mark erfolgreich abzumehren. Am Mittwoch aber erfolgte an der Berliner Börse ein Einbruch, dem die Reichsbank diesmal nicht wie bisher durch Abgaben großer Devisenportale entgegengetreten ist. So kien der Kurs der Dollarkonvertibilität im Freiverkehr plötzlich bis auf dreißigttausend in die Höhe und auch der amtliche Dollarkurs mußte trotz harter Repartierung auf fünfundsiebzigtausend Mark gesenkt werden. Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß der Reichsbank die Devisenbestände so knapp geworden sind, daß sie nicht mehr hätte intervenieren können. Aber sie hielt es offenbar für zweckmäßig, zur Schonung ihrer Devisenbestände ihre Front zur Verteidigung der Mark zunächst weiter nach rückwärts zu verschieben.

Der Schützengartenkrieg, der zwischen der Reichsbank und der Devisenpeupelation geführt wird, ist für die deutsche Öffentlichkeit von allergrößtem Interesse. Gaudet es sich doch um nicht mehr und nicht weniger als um die Gefahr einer verhängnisvollen Schwächung unserer Rubrubank. Wird die Lage in diesem Ringen um die Markstützung für die Reichsbank bedenklich, so werden öffentliche Meinungen und auch die Gesetzgebung beiseite und Ordnung schaffend eingreifen müssen. Es darf nicht gebildet werden, daß Gemeinwohl die Aussichten des deutschen Volkes, an der Rubrubwehrkraft zu bleiben, schwächt oder gar in Frage stellt.

Die Dollar-Kaufkraft an der gestrigen Berliner Börse hat in politischen Kreisen eine gewisse Bewegung hervorgerufen. In den Wandlungen des Reichstages war man allgemein der Auffassung, daß ein abschließendes Urteil über die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Auwärtsbewegung der Devisen sich erst dann wird ermöglichen lassen, wenn man durch die weitere Entwicklung Klarheit darüber gewonnen habe, ob es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Auch das Reichskabinett hat sich mit den Vorgängen am Devisenmarkt beschäftigt. Die Blätter beschäftigen die gestern von einigen Abendblätter ausgeproben Ansicht, daß die Dollar-Kaufkraft auf eine veränderte Interventionsstärke der Reichsbank zurückzuführen ist. Die Reichsbank, die wegen des in der letzten Zeit stark angeschwollenen Bedarfes an Devisen sehr tief hat in ihre Bestände eingreifen müssen, hat jetzt ihre Taktik dahin gewechselt, daß der Spekulation zunächst einmal freie Hand gelassen wird, daß aber im gegebenen Moment hart eingegriffen werden soll, um der Spekulation Verluste beizubringen und ihr damit die Lust zu nehmen, sich neuerdings unvorsichtig vorzuwagen. Die Blätter wiederholen daher, die Warnungen der gestrigen Abendzeitungen vor koppligen Devisenankaufen und überhöhtem Einkauf von Waren, die dann später nach dem Eingreifen der Reichsbank nur mit großen Verlusten wieder abgesetzt werden können.

Wie die Telegraphen-Union zu der Maßnahme über eine veränderte Methode zur Stützung der Mark erklärt, handelt es sich bei dem Entschluß der Reichsbank um folgenden Gedankengang: Während längere Zeit hindurch die von der Reichsbank durchgeführte Stützungspolitik in allen Kreisen der Wirtschaft volles Verständnis gefunden hatte, sobald es gelungen war, mit verhältnismäßig kleinen Mitteln die Stützungspolitik aufrechtzuerhalten und den Rubrubkurs zu stabilisieren, sind im Laufe der vergangenen Woche erstmalig Erscheinungen eingetreten, die darauf schließen lassen, daß es der Reichsbank nunmehr ausschließlich darum zu tun war, auf Kosten der Reichsbank, und damit des Reiches, Devisen zum Interventionskurs zu kassieren, um sie nach allmählicher Lähmung der Interventionskraft der Reichsbank mit großem Gewinne auf den Markt werfen zu können. Im allerersten Kreise ist deshalb schon vor einigen Tagen beschlossen worden, für den Fall des weiteren Bedrückens der Spekulation eine andere Methode einzuschlagen, von der man sich günstigerer Wirkungen verspricht. Man denkt sich den Verkauf der Aktien nach Mittelungen von unterrichteter Seite etwa folgendermaßen: Es hat sich bei der ersten großen Intervention gezeigt, daß die Spekulation ihre Dispositionen mit verhältnismäßig kleinen Mitteln ausgeführt hat. Demnach nach Beginn der Intervention war der Geldmarkt außerordentlich fest geworden, da sich die Spekulation in kleinen der billigen Devisen festgelegt hatte. Auch jetzt ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die ungeduldige Spekulation sich rasch auf die steigenden Devisen stürzt, und daß auch diesmal wieder in einigen Tagen eine starke Geldknappheit eintreten wird. Für diesen Termin plant die Reichsbank eine neue Intervention und glaubt, diese dann mit verhältnismäßig geringen Mitteln durchführen zu können. Die Hauptsache bei der ganzen Aktion ist, daß sich die Kreise des deutschen Importhandels durch den vorübergehenden Sturz der Mark nicht zu Ankäufen ausländischer Produkte verleiten lassen, damit eine vorübergehende Steigerung der Devisenpreise keine ungunstigen Rückwirkungen auf den innerdeutschen Markt hat. Wenn die neue Intervention der Reichsbank einsetzt, kann natürlich niemand voraussehen. Die Dispositionen über den Zeitpunkt werden sich nach der Entwicklung der Verhältnisse richten.

Fortsetzung der außenpolitischen Reichstagsdebatte.

Deutscher Reichstag.

18. April.

Präsident Seede spricht bei Eröffnung der Sitzung den Wunsch aus, daß der gestern abend von einem Auto angefaßene Abg. Geber bald von den Folgen seines Unfalles genesen möge.

Die Novelle zum Betriebsrätengesetz.

wonach die Entschädigung bei Entlassungen der Gewerkschaften angepaßt werden soll, wird debattiert in allen drei Lesungen angenommen.

Sobald wird die Starberatung fortgesetzt.

Abg. Dr. Brelschmid (Soz.): Die Rede des Außenministers bedarf einer weiteren Klarstellung, denn heillos leben die Demokraten in ihr ein formelles Angebot. Redner gibt die Freude darüber Ausdruck, daß jetzt alle Parteien des Hauses einheitlich des Herrn von Graefe eine Forderung der Fortsetzung des passiven Widerstandes und von der Idee eines aktiven Kampfes abgenommen sind. Er bespricht die schwarze Abgabe, die der Minister an den Militarismus gerichtet hat. Als er in London davon gesprochen habe, daß die Forderung des Rubrubandes nicht die Voraussetzung für Verhandlungen sein dürfe, sei er des Vaterlandsverrats beschuldigt worden; er kreuzte sich mit dieser Ansicht heute in so guter Gesellschaft zu befinden. Auch mit der Ansicht des Wirtschaftsinflaters Dr. Reder, daß die Erhaltungspolitik weiter gehen solle, sei seine Partei einverstanden. Sie unterbreite sich von der Regierung darin, daß sie ein positives Angebot an die Alliierten verlange. Auch die Rubrubrente hätten die Alliierten Forderung gestellt. Seine Partei habe nicht das Gefühl eine Front zu zerbrechen und wer ihr das nachsage, läge heute genau so, wie er vor drei Jahren gewesen habe. Die Sozialdemokratie habe keine Lust, diese Regierung zu stützen, denn sie halte die Voraussetzungen für eine Arbeiterregierung mit aller Kommissar noch nicht für gegeben. Mit der jetzigen Regierung sei keine Partei weder verbandt noch verknüpft, wünsche aber trotzdem, daß sie im Amte bleibe und den unter ihrer Amtsführung benannten Rubrubkonflikt zu Ende bringe. Er frage die Regierung, ob England tatsächlich ein bestimmtes deutsches Angebot gewünscht habe. Er lebe im Gegensatz zu den Demokraten in der Rede des Ministers kein formelles Angebot. Sollte es doch so gemeint sein, dann wäre seine Formulierung in einer offiziellen Note zu wünschen. Im übrigen sei Polnens nicht Frankreich, es gebe in Frankreich ein Volk, das etwas ganz anderes wüßte. Nun fordere der jüngst veröffentlichte Reparationsplan Barthou-Delacroix nach Abzug des englischen Anteils 35 bis 36 Goldmarken von uns. Er sage nicht, daß dieser Plan für uns annehmbar sei, aber es sei ein fest umrissener Plan, von dem auch unsere Regierung ausgehen könnte. Redner fordert energisches Agieren gegen den kapitalistischen Mißbrauch der Marktstabilisierung und der Rubrubhilfe und hält eine Reparation ohne Erfassung der Schwere für unmöglich. Wir sind so wenig wie eine andere Partei dafür zu haben, daß ein Fuß breit rheinischen oder westfälischen Bodens an Frankreich abgetreten oder in Form einer Internationalisierung von Deutschland abgetrennt wird. Die Rheinländer sind und bleiben deutsch! Wir lehnen jene Verhandlung unseres Deutschstums ab, aber wir wollen die internationale Verständigung und vor allem die deutsch-französische Verständigung über die Bildung des von Dr. Stresemann gewünschten deutsch-französischen Montantraktats hinaus. Mit den Rubrubrenten sind wir der Meinung, daß ein positives deutsches Angebot der jetzigen Regierung nicht als ein Zeichen der Schwäche, sondern der inneren Stärke auszuwerten werden müßte. Gegen den französischen Vorschlag haben wir einzumenden, daß nicht die Belastungskosten in dem Gesamtbetrag eingeschlossen sind. Der Vorschlag scheint uns schon deshalb nicht ausreichend, weil er die progressive Räumung vorläßt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Bauer (H.): Seit der Rede des Ministers hat die Lage durch die Aufweisung des deutschen Reichskommissars durch die internationalisierte Rheinlandkommission eine Verstärkung erfahren. Wir danken den wenigen Freunden, die Deutschland in der Welt hat, besonders dem Volk für seine warme Anteilnahme an dem Schicksal der Rubrubrenten. Als Vertreter der meißten stärksten Partei im besetzten Rheinland kann ich erklären, daß die Rheinländer gegen das Wort von der Neutralisierung der Rheinlande ein unüberwindliches Mißtrauen hegen. Wir kennen nämlich die Vorgeschichte dieser Bestrebungen. Frankreich hat kurz vor der russischen Revolution mit dem Jaren vereinbart, daß im Falle des Sieges der Rheinlande an Frankreich fallen sollen. Dieses Ziel ist bei den Vorbereitungen des Versailles Friedensvertrages unermüht weiter verfolgt worden. Später hat man die französische Bevölkerung systematisch über die wahre Stimmung der rheinischen Bevölkerung getäuscht und es so hinüber, als wären die Dorten und Smets die echten Vertreter dieser Stimmung. Neuerdings scheint man auch in Paris eingeleitet zu haben, daß mit diesen traurigen Figuren keine Rheinlandpolitik zu machen sei. Wenn Abg. Brelschmid ein präzises deutsches Angebot etwa in Höhe des englischen Vorschlages wünscht, so wäre ich an sich damit einverstanden. Ein Angebot ist aber die bestimmteste Form der Übernahme einer Verpflichtung. Es wäre sehr gefährlich, wenn ein solches Angebot aber zur Grundlage neuer Ultimaten und Sanktionen gemacht würde. Die Regierung hat die Pflicht, im Rahmen des Erfüllbaren ihre Vorschläge zu machen, wobei dahingestellt sein mag, ob wir im jetzigen Augenblick bestimmte Zahlen nennen können. Wir wollen jedenfalls die Verständigung. Wir wollen über die Volksgemeinschaft hinaus zur Völkergemeinschaft kommen, zu einem Völkerverbund, der diesen Namen nicht nur trägt, sondern wirklich verdient. (Beifall im Zentrum.)

Weitere Auslandsstimmen über Rosenbergs Rede.

Zur Rede des deutschen Außenministers im Reichstag schreiben die „Baden Nachrichten“, die Rede Rosenbergs habe allen eine überaus wohltuende Hebung gebracht. Vor der Sitzung seien in den Wandlungen von einigen professionellen Riesmachern Gerüchte ausgebreitet worden, die Rede sei katastrophal, sowohl innerlich wie äußerlich. Man müsse gefahren, daß die Rede Rosenbergs eigentlich etwas wie ein Angebot war, kein Ultimatum, kein leeres Wort, aber immerhin ein Wort, auf das ein anderes Wort geantwortet werden kann. Volnars Rede in Zänfirchen habe mit alten Argumenten und mit alter Technik gearbeitet. Man müsse es der deutschen Regierung hoch anrechnen, daß sie trotzdem durch Rosenbergs neuerdings ihren Verhandlungswillen betonen laße, an dessen Aufrichtigkeit kein Zweifel rücken könne. Allerdings könne man aus der Rede entnehmen, daß die Kräfte für Deutschlands Verhandlungsbereitschaft die Frage über die Zukunft des Schicksals der Rheinlande sei. Wenn als Frankreich hier auf seiner Willkür

Staatssekretär Freiherr v. Woltmann gibt darauf folgende Erklärung ab: Das Reichskommissariat, das sowohl unter dem Fürsten Dohle als unter seinem Vorgänger, Herrn v. Starb, eine außerordentlich verdienstvolle Tätigkeit im Interesse der bedrückten rheinischen Bevölkerung entfaltet hat, wurde von Anfang an von den französischen Antriebspolitikern und dem kleinen Häuflein der rheinischen Separatisten als ein unliebsames Hindernis empfunden. Die Befestigung dieser Einrichtung war einer der Prognosepunkte dieser Kreise. Die internationalisierte Rheinlandkommission, die neben dem französischen Vorkommissar auch aus Vertretern anderer Mächte besteht, hat sich zum Werkzeuge dieser Bestrebungen gemacht. Die Anhebung der rheinischen Besetzung, die Befestigung sämtlicher oberster Verwaltungsbeamten des französisch besetzten Occupationsabchnitts, die Ausweisung von acht Reichstags- und Landtagsabgeordneten seien überdeutlich, daß die Occupationsbehörden nicht durch ungeduldige Auspuffer getrieben sein könnten, welche die Öffentlichkeit mit den Bestrebungen der unterdrückten Bevölkerung bekannt machen könnten. Was die Frage nach der Stellung der Regierung zur Vertiefung französischer und belgischer Offiziere in der internationalisierten Militärkontrolle anlangt, so möge das hohe Haus glauben, daß die Regierung das Gefühl, aus dem heraus diese Intervention entstanden ist, würdigt und achtet. Wer sich vorgewagt, was unseren Landesleuten im Rubrubgebiet und in den Rheinländern ansetzt, wird, muß verstehen, mit welchen Empfindungen wir jene Offiziere im unbesetzten Deutschland bei Ausübung einer internationalisierten Kontrolle am Werke sehen. Schenken Sie der Regierung das Vertrauen, daß sie auch in dieser schmerzlichen Angelegenheit bemüht ist, mit den Pflichten eines unterschriebenen Vertrages die ungeschriebenen Pflichten gegen das gequälte eigene Volk zu vereinhären.

Abg. Dr. Helfferich (Nat.). Der Schrei nach Aktivität der Regierung geht nicht nur durch dieses Haus, sondern durch das ganze deutsche Volk. Wir leiden unter dem Fluß der Waffenlosigkeit inmitten einer waffenstarken Welt. Unsere Waffenlosigkeit hat sich als die stärkste Provokation der Franzosen erwiesen. Man glaube dort, daß mit Gewalt von Deutschland alles zu erreichen sei. Die Welt im Rubrubgebiet gemachte Entscheidung, daß ein waffenloses deutsches Volk nicht wehrlos ist, hat Frankreich und die Welt überrascht, das ist das große Aktium unseres passiven Widerstandes. Das ist die große Wende, die durch nichts in der Welt mehr umgekehrt werden darf. (Beifall rechts.) Das ganze deutsche Volk ist endlich darüber einig, daß der passive Widerstand fortgesetzt werden muß, bis die Veruche der französischen Gewaltpolitik gescheitert sind. Und wir wollen Aktivität, nicht Nervosität. Durch alles, was in der Welt den Eindruck von einer Schwächung der deutschen Widerstandskraft aufkommen läßt, wird die wirkliche Aktivität geschwächt. Wir erwarten von der Reichsbank, daß sie jetzt mit ihrem Gold der neuen Steigerung des Dollarkurses entgegentritt. Da es feststeht und auch von maßgebenden ausländischen Politikern zugegeben ist, daß der Versailles Vertrag unter Bruch der feierlichen Zusagen an Deutschland abgebrochen worden ist, haben wir einen Anspruch auf Neuverhandlung und Wiedergutmachung. (Beifall.) Polnens hat gegen den Willen Englands und Amerikas die fünfjährige Bestimmung des Rheinlandes nur durch die Unterzeichnung der Bedingung erreicht, daß die Besatzungskosten niemals 240 Goldmarken jährlich übersteigen dürfen. Deutschland hat sich die Verletzung dieser Bedingung selber bisher gefallen lassen. Deshalb muß Bedingung einer Verständigung sein, daß nicht nur im Rubrubgebiet der Status quo wieder hergestellt wird, sondern daß auch diese von Polnens unterrichtete Bedingung durchgeführt wird. Ohne Verteilung von den unbilligen Besatzungskosten sind Reparationen unmöglich. Ein Angebot im Sinne der Sozialdemokraten würde draußen den Eindruck erwecken, als sei der deutsche Widerstandswille und die Widerstandskraft erlahmt. Hebrigens hat diese sozialdemokratische Forderung auch bei keiner Partei Zustimmung gefunden. So wahr Leben und Freiheit dem deutschen Sechsigmillionenvolke stärker sind als Geld und Macht, so wahr muß uns in diesem Kampfe der Sieg gehören. (Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.): Dr. Helfferich vertritt die nämliche selbstverständliche Vabanquolerei, durch die Deutschland zum ersten Mal den Krieg verlieren mußte. Auch in Frankreich mehren sich die Stimmen, welche das Rubrubrentenverurteilen. Im Gegensatz zu dem von Dr. Brelschmid proklamierten Burgfrieden mit den bürgerlichen Parteien verlangen wir von den proletarischen Parteien größere revolutionäre Aktivität.

Abg. Dr. Woldenbauer (Dop.): Wo ist die Freiheit, die Frankreich uns Rheinländern bringen will? Die Internationalisierung ist ein Schlagwort, wir haben hier das unglückselige Vorbild des Saargebietes, das ganz unter französische Herrschaft kommen soll. Der Völkerverbund hat Frankreich gegenüber noch nie eigenen Willen befundet. Ein direktes Angebot an Frankreich wäre jetzt verhängnisvoll. Nur auf freiem deutschen Boden ist Wiederaufbau möglich.

Abg. Frölich (Komm.) wirft dem Minister Zweideutigkeit vor, die doch nur den Sinn habe, das eigene Volk irrezuführen. Das beweisen schon die neueren Vorgänge an der Börse und das Versagen der Reichsbank. Frölich schlägt, daß der in Deutschland angegebene Bloß von Brelschmid bis Stresemann nicht geeignet sei, die Lösung der Reparationsfrage zu bringen. Die Waffen werden lediglich betrogen, weil man nicht wage, sie gegen die französische Mandatler mobil zu machen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers und die übrigen Teile des Etats werden gegen die anberstete Linke bewilligt. Nach 7 Uhr verlegt sich das Haus auf morgen nachmittag 2 Uhr. (Reichswirtschaftsministerium.)

Weiter beharre, dann allerdings möge die deutsche Regierung Recht haben, wenn sie es sich heute noch überlegt, an die Entente mit einem festen Angebot heranzutreten. Aus der Reichstagsdebatte ist zu ersehen, daß Regierung und Reichstag verhandlungsbereit sind und bleiben, daß aber alle dabei dieselbe Grenze ziehen, an der die Verhandlungsbereitschaft ein Ende nimmt.

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ betont, in der Rede Rosenbergs habe der Ton der Verneinung viel stärker als derjenige der Verständigung geklungen.

Die „Baden Nationalzeitung“ schreibt, zwar sei in der Rede die Verhandlungsbereitschaft Deutschlands wesentlich klarer und schärfer herausgearbeitet als bisher, aber sie sei eine Enttäuschung für alle diejenigen, die eine Erklärung erwartet hätten, welche die gespannte Lage im Rubrubgebiet einer Lösung näher bringen könne.

In den Kommentaren zur Rede des Außenministers vom Rosenbergs, die von der holländischen Presse sehr ausführlich wiedergegeben wird, wird zum Ausdruck gebracht, daß

